

**Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

**Wortprotokoll\***

**zu Tagesordnungspunkt 1 der 20. Sitzung**

**Berlin, den 18.10.2006, 09:30 Uhr**  
**Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**

**Sitzungssaal: Saal 2.200**

**Vorsitz: Kerstin Giese, MdB**

**Öffentliches Expertengespräch**

mit dem Vorsitzenden der Sachverständigenkommission des  
Zwölften Kinder- und Jugendberichts;  
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

---

\*redaktionell überarbeitete Tonbandabschrift

**Vorsitzende:** Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie alle zur Sitzung unseres Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Besonders begrüße ich heute die Öffentlichkeit. Ganz besonders herzlich begrüße ich Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, den Direktor des Deutschen Jugendinstituts und Vorsitzenden der Kommission für den Zwölften Kinder- und Jugendbericht. Unser Ausschuss beschäftigt sich intensiv mit den Themen, mit denen Sie sich wissenschaftlich auseinandergesetzt haben. Wir hatten Sie im Januar 2005 schon einmal hier zu Gast, als der Bericht etwa im Mittelstadium seiner Erstellung war. Schon damals haben wir Ihr intensives Plädoyer für mehr Bildung und mehr Betreuung für Kinder und Jugendliche gehört. Der Kinder- und Jugendbericht hat das Thema Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Dieses Thema bewegt uns alle und wir haben es hier intensiv diskutiert im Rahmen der Beratungen zum Tagesbetreuungsausbaugesetz, zum Ganztagschulprogramm bis hin zu der aktuell diskutierten Frage, wie Familienleistungen in Zukunft gestaltet werden sollen und wie auch mehr in Bildung und Betreuung investiert werden kann. Aktuell im Interesse der Öffentlichkeit steht auch das Thema der Chancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten; für uns als Familienpolitikerinnen und Familienpolitiker ist dieses Thema allerdings schon lange ein Schwerpunkt. Herr Professor Rauschenbach, ich freue mich deshalb, dass Sie heute hier sind und sage Ihnen bereits jetzt Dankeschön für diesen erhellenden Bericht, der uns auch weiterhin in unserer Arbeit begleiten wird. Ich bitte Sie, diesen Dank den anderen Mitgliedern der Kommission für den Zwölften Kinder- und Jugendbericht weiterzugeben.

Ich darf Sie noch alle darauf aufmerksam machen, dass wir von dieser öffentlichen Sitzung ein Wortprotokoll anfertigen werden. Herr Professor Rauschenbach, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach:** Ich freue mich, hier nach eineinhalb Jahren wieder zu sitzen. Der Bericht ist ja schon ein bisschen früher erschienen und im Grunde genommen könnte ich mich auch entspannt zurück lehnen und sagen, Sie hatten lange genug Zeit, den Bericht zu lesen. Ich unterstelle auch, dass Sie ihn alle gelesen haben, und wie die Vorsitzende bereits sagte, haben wir ja vor einiger Zeit schon einmal über einige Rahmenbedingungen geredet. Trotzdem will ich diese noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Ich muss allerdings zugestehen, dass dieser Bericht für ein politisches und ein Medienumfeld insofern eine Zumutung ist, als er nicht einfach eine Ansammlung von vielen guten Vorschlägen ist, sondern ein Bericht, dem eine Gesamtidee zu Grunde liegt. Diese Gesamtidee ist insoweit anspruchsvoll, als man eben nicht nur drei Empfehlungen findet, und das ist für die Politik, die sozusagen immer konkrete kleine Schritte haben will, aber für Medien, immer relativ kompliziert. Deswegen will ich versuchen, diese Gesamtidee noch einmal kurz zu skizzieren und ich bin überzeugt, dass sich gerade in der Debatte der letzten Tage - egal ob es das Bremer Thema ist, ob es das Armutsthema ist oder das Thema Rechtsextremismus – immer nur Erscheinungsformen des gleichen Problems widerspiegeln. Wir parzellieren immer alles und machen es an verschiedenen Ecken und Enden fest. Ich würde gern den Zusammenhang deutlich machen.

Insgesamt habe ich eigentlich nur vier Punkte. Nur, unter den vier Punkten versteckt sich ganz viel, so dass ich hoffe, mit der Zeit einigermaßen klar zu kommen. Also erstens, das hat die Vorsitzende

bereits erwähnt, stellt der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht den Begriff der Bildung in den Mittelpunkt. Aber - und das muss man jetzt laut und deutlich sagen, weil Bildung natürlich auch ein öffentlich besetzter Begriff ist - Bildung in einer ganz spezifischen Weise, eben nicht in einem scolarierten, nicht in einem kognitiven, nicht in einem schulischen Sinne, sondern in einem radikalisierten, erweiterten Sinne, und zwar im Sinne einer umfassenden Entwicklung der Persönlichkeit. Dies betrifft die ganze Person im Sinne einer, wie man es auch nennen könnte, Verbesserung der persönlichen Handlungskompetenz. Es geht nicht um den Bildungsbegriff des Bildungsbürgertums des 19. oder 20. Jahrhunderts, irgendwie im Sinne einer höheren Erbauung, sondern es geht schlicht um die Entwicklung einer persönlichen Handlungskompetenz von Menschen, die sie befähigt, in einer Zukunft von morgen leben und überleben zu können. Das ist der erste Kerngedanke, der dem Bericht zu Grunde liegt.

Der zweite Gedanke ist, dass wir gesagt haben, dieser Bildungsbegriff muss von Anfang an viel konsequenter mit einem Betreuungs- und einem Erziehungsbegriff in Verbindung gebracht werden. Auch das habe ich schon in unserem Gespräch vor eineinhalb Jahren deutlich gemacht. Das ergibt sich, wenn man Betreuung eben nicht klassischerweise nur als Kinderhüten, als Aufpassen definiert, sondern wenn Betreuung wirklich als Sorge, als Beziehungsaufbau zu anderen Menschen, als Bindung im Kleinkindalter verstanden wird und die Intensität von Beziehungen zu anderen Menschen mit umfasst. Ein solches Verständnis scheint mir dringend notwendig, weil wir auch politisch immer dazu tendieren, von Betreuung zu reden und dabei im Grunde genommen nicht deutlich machen, was daran anspruchsvoll ist - da passt man halt auf Kinder auf und das war's. Auch deswegen geht es mir um eine gehaltvolle Weiterentwicklung des Betreuungsbegriffs und auch des Erziehungsbegriffs. Uns war es wichtig, deutlich zu machen, dass, selbst wenn Menschen in einem guten und umfassenden Sinne gebildet sind, es im Kern um so etwas wie eine Orientierungskompetenz geht. Das ist so etwas wie eine moralische Urteilskraft haben. Ich kann vieles in einer Gesellschaft wissen und ich weiß immer noch nicht, was eigentlich die richtigen Entscheidungen sind, was ich tun muss. Um diese Urteilskraft zu erlangen, würde man in der Wissenschaft sagen, man muss so etwas wie eine eigene Ich-Intensität, auch eine Ich-Stärke entwickeln. Ich glaube, das sind die Herausforderungen einer modernen Erziehung und wenn man diese drei Dinge zusammenfasst, dann ist man im Kern dessen angekommen, um was es in dem Bericht geht.

Dritter Punkt: Wir haben gesagt, wenn wir Bildung in den Mittelpunkt stellen, stellen wir nicht die einzelnen Formen der Bildungsinstanzen in den Mittelpunkt, betrachten also nicht als erstes die Kindergärten, dann die Schulen, die Hochschulen oder andere Systeme, sondern es geht uns bei der Bildungsfrage zu allererst um die Bildungsprozesse selbst. Es geht um das, was im Prozess des Aufwachsens mit den Kindern passiert und es geht uns dabei gleichzeitig um die Bildungsbiografie, also den individuellen Zusammenhang dieser verschiedenen Dimensionen des Aufwachsens. Man kann in dem Zusammenhang tatsächlich sagen, nicht der einzelne Bildungsakt, nicht der einzelne Bildungsprozess, sondern die Bildungsbiografie, sozusagen das das langsame größer werdende Lernen, die Lernzusammenhänge müssen in den Blick gerückt werden. In diesem Zusammenhang steht schließlich das vierte Spezifikum dieses Bildungsbegriffs, den wir zu Grunde gelegt haben. Es geht in diesem Sinne um eine gedankliche, aber auch um eine reale Einbeziehung sämtlicher Orte,

sämtlicher Settings. Wir haben dabei formale und nonformale Orte unterschieden. Wir haben versucht, deutlich zu machen, dass es viele andere Orte gibt, nicht nur die Schule. Nehmen Sie das Beispiel Lernen am Computer. Das ist ein gutes Beispiel, wie viele Menschen eine Kompetenz entwickelt haben, nicht wegen, sondern gewissermaßen trotz der Schule, und das zeigt eben auch, wie wichtig andere Orte sind. Nehmen Sie ganz andere, alltagspraktische Beispiele. Sie würden keinen Spitzenspieler im Sport finden, Sie würden keinen Spitzenmusiker finden, wenn der nur schulische Bereiche gehabt hätte. Es macht sehr deutlich, dass andere Orte wichtig sind. Aber auch andere Formen. Wir müssen uns auch angewöhnen, wahrzunehmen, dass informelles Lernen, das heißt lernen in Alltagssituationen, eine enorm wichtige Möglichkeit ist und nicht nur das organisierte Lernen. Typischerweise können Sie es sich am leichtesten beim Sprachenlernen klar machen. Sie können es entweder im Unterricht machen oder sie können in ein Land gehen. Sie können in einem Land leben und lernen die Sprache ganz anders. Man kann bei Kindern in vielen Bereichen beobachten, dass sie viele Dinge natürlich lernen, ohne einen entsprechenden Kurs zu machen. Man könnte gerade im Hinblick auf die Debatte um Sprachtests viel dazu sagen, ob das der richtige Weg ist, und wenn man das eher unterrichtsnah macht, habe ich doch meine Bedenken.

Es geht uns auch um die Dimensionen des Lernens. Wir haben in Deutschland bislang keine wirkliche Debatte geführt, was eigentlich die wesentlichen Inhalte sind, die Kinder lernen sollen. Wir haben im Grunde genommen eine Schule, man könnte es jetzt etwas zugespitzt formulieren, die immer noch den Inhalten des 19. und 20. Jahrhunderts mit dem Muster der Industriegesellschaft folgt. Die Herausforderungen einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts sind nicht unbedingt Gegenstand und Horizont. Ich mache das jetzt gar nicht der Schule zum Vorwurf, weil sie nur eine endliche Menge an Wissen vermitteln kann. Trotzdem müssen wir als Gesellschaft darüber nachdenken, und deswegen haben wir ein vierdimensionales Konzept. Wir reden von kultureller Bildung im klassischen Sinne der schulischen Bildung. Wir reden von sozialer Bildung, der Fähigkeit, in einer Gesellschaft Verantwortung, Solidarität zu leben und mit anderen umgehen zu können. Wir reden von personaler Bildung, der Fähigkeit, mit sich selber, mit seinen eigenen Ängsten, Hoffnungen, Wünschen, mit seiner Aggression und mit allem anderen umgehen zu können, sich auch selbst beobachten zu können. Und wir reden von einer instrumentellen Bildung, ein Bereich, der von akademischen Wissenschaftlern gerne vergessen wird, weil er so alltagspraktisch ist. Es ist die Fähigkeit, konkret in einer Gesellschaft leben und überleben zu können, sich mit Natur, mit Technik, mit Dingen praktisch auseinandersetzen zu können. Das ist gerade in einer wissensbasierten Gesellschaft etwas, von dem man oft nachlässig sagt, das muss man eigentlich können, aber es sind ganz elementare Kompetenzen. Also, in diesem weiten Sinne wollen wir Bildung verstanden wissen.

Zweitens: Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht geht davon aus, dass Bildung in diesem erweiterten, umfassenden Sinne die zentrale, zukunftsfähige, altersspezifische sowie fachlich angemessene Antwort für das Aufwachsen ist, um jungen Menschen zu garantieren, sich auf eine Zukunft vorbereiten zu können, die nicht einfach die Verlängerung der Vergangenheit ist. Wir beobachten im Moment, dass all unsere gegenwärtigen Probleme sehr viel mit veränderten gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu tun haben, und dass wir nicht mit Antworten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in das 21. Jahrhundert gehen können. Wir müssen nach den veränderten Rahmen- und

Lebensbedingungen fragen, und auf diese Zukunft müssen wir Kinder und Jugendliche vorbereiten. Und ich glaube, da helfen die Antworten des Gestern und Vorgestern nur bedingt, zumindest muss man sie dann modernisieren. Der zentrale Anspruch für das Aufwachsen - und da liegt der Kerngedanke - ist, dass wir Menschen individuell befähigen müssen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Man könnte sagen, es ist die beste Sozialvorsorge, wenn Menschen lernen, mit ihren eigenen Problemen umzugehen, wenn sie selber eine Fähigkeit entwickeln. Im Grunde genommen ist Bildung eigentlich nichts anderes als die Herstellung dieser Fähigkeit, und zwar in diesem umfassenden Sinne wie es der Jugendbericht will. Dabei müssen wir uns klar machen, dass die Geländer der Lebensführung, die es früher durch Milieus und Ideologien gab, sehr viel schwächer und brüchig geworden sind, oft gar nicht mehr vorhanden sind. Umso mehr müssen die Menschen in einer modernen Gesellschaft lernen, selber die Regulative ihres Lebens zu übernehmen. Und deswegen haben wir auch sehr viel stärkere Herausforderungen im sozialen und im personalen Bereich und das heißt nicht nur, dass wir irgendwelche Techniken lernen und dann sagen, es ist schon alles klar. Angesichts der Tatsache, dass die stabilen Milieus und ideologischen Systeme ein Stück weit weg gebrochen sind, müssen wir im Grunde genommen die einzelnen Menschen befähigen.

Ein weiterer Punkt ist aus meiner Sicht wichtig, um Zukunftsfähigkeit zu erzeugen: Es geht darum, die herkunftsbedingte Ungleichheit abzubauen und nicht zu verstärken. Die bittere Erkenntnis, die uns PISA und viele andere Daten noch einmal vor Augen geführt haben ist, dass wir soziale Ungleichheit von der Wiege an haben und dass wir sie im Grunde genommen durch unser Bildungssystem bislang nicht reduziert, sondern im schlimmsten Fall sogar verstärkt haben. Jürgen Baumert sagt immer, PISA zeigt deutlich, dass wir die Probleme verstärken und nicht reduzieren. Das heißt aber gleichzeitig, dass Bildung eine Chance ist, diese Ungleichheit zu reduzieren. Die politische Konsequenz - und ich kann das nur in aller Deutlichkeit sagen - ist deswegen, so früh wie möglich mit Bildungsprozessen, mit Stabilisierungsprozessen und Unterstützungsprozessen anzufangen und endlich ein Gesamtsystem zu entwickeln, das versucht, diesem Anspruch gerecht zu werden und Ungleichheit von Anfang an zu reduzieren, bestenfalls abzubauen. Gleichzeitig sollte versucht werden zu erreichen, dass ökonomische Armut nicht ungebremst in eine kulturelle und soziale Armut transferiert wird, dass also aus einer ökonomischen Armut nicht gleichzeitig eine Bildungsarmut und eine Beteiligungsarmut wird. Aus der Armutsforschung wissen wir alle, dass die rein ökonomische Armut oft gar nicht allein und singulär das Problem ist, sondern dass sie sich ganz schnell in die anderen Bereiche hinein ausweitet. Und dann wird es massiv und man kann kaum noch dagegen steuern.

Wenn man das Bildungskonzept so fasst, ist aus Sicht des Jugendberichts ein wichtiger Gesichtspunkt, dass damit eine eigene Kinder- und Jugendpolitik begründet wird, die - ich muss auch das leider laut und deutlich sagen - nicht nur ein Anhängsel der Familienpolitik ist. Auch die Ministerin hat das in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Frage um Kinderrechte aufgegriffen. Im Kern geht es darum, dass wir in letzter Zeit die Kinder- und Jugendpolitik nicht als eigene Subjektpolitik von Kindern verstanden haben, sondern viel zu sehr als Anhängsel der Familienpolitik. Ich glaube, wir müssen die eigene Subjektstellung von Kindern sehr viel ernster nehmen, wir müssen die eigene Rechtsstellung von Kindern diskutieren. Wenn man Bildung in den Mittelpunkt rückt, ist das natürlich etwas anderes als die Balance von Beruf und Familie in den Mittelpunkt zu rücken. Auch das ist im

Grunde genommen eine Akzentverlagerung unsererseits. Dann habe ich die Erwachsenen im Blick. Natürlich auch im Interesse von Kindern, das ist völlig unstrittig. Aber für die Berichtskommission wäre der Zugang ein anderer, nämlich die eigene Bildungsbiografie von Kindern und nicht die Frage, wie organisiere ich im Grunde genommen die Kinder so, dass die Lebensform der Erwachsenen dem gerecht wird. Insgesamt ist die Idee, damit ein integratives Leitbild einer übergreifenden Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungskultur ins Blickfeld zu rücken, die die bisherigen Abschottungen, Ausblendungen und Abgrenzungen zwischen den einzelnen Altersphasen, zwischen den Systemen und den Instanzen überwindet. Also, der Kerngedanke ist sozusagen, lasst uns dieses Aufwachsen als ein Gemeinschaftsprojekt sehen und lasst uns endlich mal ein Gesamtkonzept diskutieren. Ich weiß, in der Politik ist das eine Zumutung, weil es anspruchsvoll ist und Antworten nicht nur auf diesen oder jenen Teil geben will. Aber das wäre im Grunde genommen die Idee des Zwölften Kinder- und Jugendberichts.

Drittens: Der zwölfte Kinder- und Jugendbericht plädiert vor diesem Hintergrund konsequent dafür, das Thema Bildung von Anfang an zum Ausgangspunkt zu machen, also nicht erst mit der Schule zu beginnen, nicht mit dem Kindergarten zu beginnen, sondern das Bildungsprojekt, das Aufwachsen im Sinne der Herstellung von Handlungskompetenz als ein Grundprojekt von Anfang an zu betrachten. Das hätte jetzt viele Konsequenzen mit Blick auf die Frage, wie Politik sich selbst gestaltet, wie sie im Grunde genommen die Phase der Null- bis Sechsjährigen abtrennt von den anderen Phasen, wie es in Deutschland ressortmäßig aufgeteilt ist, ob sie den Bund, die Länder oder die kommunale Ebene nehmen, und, und, und. Ich kann darauf nicht im Detail eingehen, aber es zeigt, dass man es auch von dieser Seite her bedenken muss. Vor diesem Hintergrund plädiert der Bericht dafür, alle Orte und Akteure, die an diesem Prozess beteiligt sind, gezielter einzubeziehen. Man sollte nicht moralisch sagen, es gibt gute und schlechte Orte. Zunächst einmal gibt es Orte, in denen Kinder leben und aufwachsen, und das ist für sie ein Stück Realität, egal, ob sie zum Beispiel mit 14 oder 15 jobben, egal ob es die Pears sind, die auch schlechten Einfluss haben können. Wir müssen sie erst einmal zur Kenntnis nehmen und nicht gleich sagen, weil wir sie nicht mögen, blenden wir sie aus, sondern wir müssen diese Realitäten nehmen und uns fragen, wie wir daraus eine positive Entwicklung nutzbar machen können.

Viertens: Wir müssen unbedingt die Familie zum Ausgangspunkt dieser Bildungsbiografie machen, sie aber nicht überfordern. Ich glaube, das Kernproblem der Debatte um Familie ist, dass wir immer einen Kulturkampf führen. Die einen wollen sozusagen die Heiligkeit der Familie retten und die anderen sehnen den Untergang nicht herbei, aber befürchten ihn, und deswegen bewegen wir uns immer an diesen beiden Enden. Und das Interessante ist, dass wir die Familie immer völlig selbstverständlich als Erziehungsinstanz sehen, aber eigentlich noch nie konsequent als Bildungsinstanz. Und sie ist eine zentrale Bildungsinstanz. Es gibt in Deutschland keine Forschung zum Thema Bildungsort Familie. Es gibt zur Schule zig Forschungen, aber was eigentlich in der Familie unter Bildungsgesichtspunkten passiert oder eben auch nicht passiert, das ist kein Thema. Familiensoziologisch kann man sagen, die Familie ist insofern ein faszinierendes soziologisches Gebilde, weil in ihm ein Extrem sein kann. In der Familie ist alles möglich; sie hat eine unheimliche Potenz. Aber gleichzeitig, und das erleben wir in den letzten Tagen, ist nichts sicher. Die Familie ist

hoch fragil, sie ist instabil. Sie verhält sich im Grunde genommen wie ein Reaktor, der positive oder negative Energie erzeugen kann und die Familie hat darin eine enorme Kraft, aber gleichzeitig auch eine enorme Brüchigkeit. Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen und trotzdem gedanklich die Familie zum Ausgangspunkt machen. Wir müssen das Zusammenspiel im zeitlichen Nacheinander und Nebeneinander gezielt angehen und verbessern und endlich auch eine Brücke zwischen privater und öffentlicher Verantwortung schlagen. Wir haben schon im Elften Kinder- und Jugendbericht, an dem ich auch beteiligt war, vom Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung gesprochen und dafür plädiert, diese öffentliche Verantwortung ernster zu nehmen. Das heißt nicht, sie gegen die private Verantwortung auszuspielen, sondern endlich diese öffentliche Seite als eine Beteiligungsfrage mit in den Blick zu rücken. Ich glaube, die letzten Tage lehren uns, dass wir dringend aufgefordert sind, diese Frage des Ineinanders und Nebeneinanders von privater und öffentlicher Erziehung neu zu diskutieren.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen macht der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht einige Vorschläge, die ich Ihnen abschließend noch einmal in Erinnerung rufen will. Das allererste wäre die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz, und auch das trifft sehr zentral auf das zu, was wir gegenwärtig erleben. Diese Stärkung kann aber nicht nur im Nachhinein erfolgen, sozusagen als Feuerwehr, wenn schon alles zu spät ist, sondern wir müssen sehr viel gezielter die Frage in den Blick nehmen, wie wir eigentlich künftige Eltern befähigen, selbst die Rolle der Eltern einzunehmen, also wie der Übergang von der Partnerschaft zur Elternschaft geht. Wir können gesellschaftlich nicht mehr darauf setzen, dass sich das alles allein im Aufwachsen der Kinder - in der Regel der Töchter bei den Müttern - ergibt, dass sie das alles lernen und es dann so machen wie die Mütter es machen, und dass das Ganze dann schon funktioniert. Diese Form der natürlichen Weitergabe an Kinder und Kindeskinde funktioniert nicht mehr. Darüber müssen wir gezielter nachdenken. Es reicht nicht, nur in die Verfassung hineinzuschreiben, dass Eltern im Hinblick auf die Erziehung der Kinder Rechte und Pflichten haben, sondern wir müssen auch sagen, wo sie eigentlich die Fähigkeiten her haben. Die sind nicht einfach da und wir können nicht sagen, in einer modernen Gesellschaft müssen wir viele Dinge lernen, nur mit Kindern umgehen, das kann man irgendwie naturgegeben. Wenn wir dieses Tabu in der Gesellschaft nicht öffentlich durchbrechen, werden wir da nicht weiter kommen. Damit können wir auch nicht erst anfangen, wenn das Kind da ist, sondern wir müssen in anderer Weise Menschen auf diese Fragen vorbereiten, auf die Schattenseiten, auf die Perspektiven. Und das gehört für mich in ein Gesamtpaket mit hinein. Da wäre aus meiner Sicht beispielsweise auch die Jugendhilfe in ganz anderer Weise gefordert. Das war Punkt eins.

Punkt zwei: Die Konsequenz dieser Überlegungen haben wir deutlich formuliert, auch das hat schon der Elfte Kinder- und Jugendbericht getan, wir haben es wiederholt, und im politischen Rahmen wird es oft genannt: Wir müssen im Lichte dieser Entwicklung unbedingt die Infrastruktur ausweiten, bevor wir weitere Geldleistungen gewähren. Die politische Entwicklung ist zum Teil in eine andere Richtung gegangen, wie alle hier wissen, weil sie selber die Verantwortung mitgetragen haben. Ich bedauere überhaupt nicht, dass wir jetzt ein Elterngeld haben und ich bedauere auch nicht, dass einige Länder versuchen, die Gebührenfreiheit im Kindergarten umzusetzen. Aber ich kann nur noch einmal dringlich dafür plädieren: Wir müssen die Infrastruktur erhöhen, verbessern und wir müssen endlich dafür

Sorge tragen, dass Kinder in Kommunikationskontexte kommen. Durch Geld lernen Kinder kein Deutsch, durch Geld erhalten Kinder keine Zuwendung. Nur wenn wir eine entsprechend gut ausgebaute Infrastruktur haben besteht die Chance, auch Kindern, die isoliert sind, die zu Hause allein sind, die allein gelassen werden und keine Unterstützung haben, wirklich Beziehungsarbeit zukommen zu lassen. Und das geht nicht allein durch Geld. Ich will nicht gegen das Geld reden, damit Sie mich nicht falsch verstehen. Aber wir brauchen das. Es muss ein Paket werden, sonst kriegen wir die Probleme in Deutschland nicht gelöst und der Jugendbericht hat gesagt, im Zweifelsfall Vorrang für die Infrastruktur. Abgesehen davon muss man auch einmal sagen, dass im Moment zum Beispiel Gebührenfreiheit im letzten Kindergartenjahr eher „Mittelschichts“effekte hat als „Unterschichts“effekte. Das muss man einfach empirisch zur Kenntnis nehmen. Wir werden das in zwei Wochen in unserer Kinderbetreuungsstudie noch einmal öffentlich sichtbar machen.

Drittes: Der Kinder- und Jugendbericht plädiert konsequent für einen Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen, und zwar in einer Weise, dass bis 2010 in Deutschland ein uneingeschränkter Rechtsanspruch eingeführt werden könnte. Wir haben gesagt, das ist machbar und ich glaube, das ist radikaler als alles, was ich in letzter Zeit politisch vernommen habe. Ich weiß, dass das mit der Föderalismusreform nicht einfacher geworden ist, aber mir geht es zunächst einmal um die politische Überzeugung. Mir geht es darum, auch ökonomisch zu zeigen, dass es Wege gibt, dass es um die Frage des politischen Willens geht, ob man dieses tatsächlich anstrebt. Wir haben gesagt, dieses ist machbar. Wir haben es auch vorgerechnet und gesagt, wir würden dann dafür plädieren, im Westen die Plätze im Kindergartenalter auf 50 Prozent der Ganztagesplätze zu erhöhen. Wir liegen im Moment bei 25 Prozent. Da muss man zur Ehrenrettung der Kommunen sagen, es ist zwischen 1998 und 2002 stark angestiegen, aber es ist einfach immer noch zu wenig, gemessen am Bedarf. Da würden wir uns eine Quote von ca. 50 Prozent erhoffen. In diesem Zusammenhang haben wir weiter gesagt, wir müssen auch die Tagespflege ausbauen, aber sie muss aus ihrer Grauzone heraus. Sie muss auch aus ihrer, ich sage mal, Bildungsferne heraus. Es geht nicht nur um nackte Betreuung, sondern es geht um andere Formen des Ausbaus. Wir haben dazu im Deutschen Jugendinstitut ein eigenständiges Gutachten zusammen mit dem Kollegen Tietze gemacht, wo wir auch durchgerechnet haben, was das kostet.

Wir müssen neben dem quantitativen Ausbau auch die qualitativen Seiten in den Blick nehmen. Wir haben deutlich gemacht, dass es einerseits um Qualitätsfeststellung geht. Wir werden über kurz oder lang alle pädagogischen Institutionen sozusagen einem TÜV unterziehen müssen und sie befragen, ob sie das, was sie tun, so am besten tun oder ob man es besser machen könnte. Insofern sind institutionelle Formen der Überprüfung notwendig. Gleichzeitig haben wir gesagt, bei der Qualitätsfeststellung darf es nicht bleiben. Durch das Wiegen wird die Sau nicht schwerer, hieß es immer so schön. Also, es nützt nichts, wenn wir feststellen. Es nützt uns auch bei Sprachtests nichts, wenn wir feststellen, dass Kinder etwas nicht können, sondern wir müssen dann eine Antwort auf die Feststellungen haben. Also, insofern geht es auch um Qualitätsentwicklung. Ausbildungsfragen sind ein eigenes Thema, das natürlich vor allen Dingen die Länder bedrängt, aber in dem sich im Moment auch viel tut. Wir haben gesagt, wenn wir in Deutschland den Schritt konsequent gehen, dann müssen wir die Erzieherinnenausbildung anheben, wir müssen sie akademisieren. Es ist die letzte

pädagogische Ausbildung, die nicht im akademischen Bereich liegt. Gerade wenn man die ersten sechs Jahre ernst nimmt, kann man nicht sagen, dort haben wir eine Billigvariante, da ist es nicht so wichtig. Inzwischen haben wir immense Erwartungen an diesen Bereich, und da müssen wir konsequenterweise auch den späteren Fachkräften die Gelegenheit geben, sich gut und qualifiziert auf hohem Niveau auszubilden.

Wenn wir insgesamt das Thema in das Blickfeld rücken und sagen, das Aufwachsen muss für alle Kinder einen öffentlichen Teil haben, nicht nur für einige wenige Benachteiligte, dann sind Eltern-Kind-Zentren, sind Familienzentren eine politisch richtige Antwort. Solche Zentren eröffnen die Möglichkeit, zu Kindern und zu Eltern auch dann schon Kontakt zu bekommen, bevor sie einen Platz haben. Wenn sie die Möglichkeit bieten, nicht nur das Kind abzugeben, sondern auch den Eltern entsprechende Angebote machen, kann man direkt mit Eltern arbeiten und punktuell und stundenweise Kontakt bekommen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, der in einigen Bundesländern inzwischen beschritten wird.

Vor diesem Hintergrund wird es Sie nicht überraschen, dass der Kinder- und Jugendbericht in der Konsequenz gesagt hat, wir müssen, wenn wir das Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsprojekt als Gesamtprojekt betrachten, uns auch die Frage einer ganztägigen Betreuung im Schulalter klar machen und dies unter dem Etikett Ganztagschule organisieren. Allerdings nicht unter dem Etikett mehr Schule, sondern mehr Bildung. Es geht nicht darum, die Schule auszuweiten, sondern es geht darum, in diesem erweiterten Bildungssinn Kindern eine Gelegenheit zu geben. Viele von Ihnen haben in den Texten jeweils auch noch einmal auf die Jugendarbeit hingewiesen. Die Möglichkeiten des Lernens in anderen Formen, anderen Arten, anderen Themen - diese Elemente müssen wir so selbstverständlich sozusagen in die Schule hinein tragen, dass das nach der momentanen Empirie bestehende „Minderheitenprojekt Jugendarbeit“ zu einem Mehrheitsprojekt wird. Viele Kinder kommen gar nicht in diesen Genuss, weil sie nicht wissen, was da an Beteiligungsmöglichkeiten, an Lernformen, an Erfahrungsmöglichkeiten besteht. Insofern müsste die Jugendhilfe mit der Schule sehr viel systematischer zusammen gebracht werden.

Letzter Punkt, und damit bin ich am Ende: Politisch gibt es aus Sicht des Jugendberichtes zwei Stoßrichtungen, die man ernsthaft in den Blick nehmen muss. Zum einen müssen sämtliche Leistungen, die für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zentral sind, einen organisatorischen Anlaufpunkt auf kommunaler Ebene haben. Nur dort, wo die Menschen leben, kann man das jeweils vernünftig organisieren. Ein Teil unseres Problems in dieser Gesellschaft ist es, dass wir Schule immer noch sozusagen als ein ortsunabhängiges Projekt landesweit organisieren. Wir müssten aber eine Kommunalisierung von Zuständigkeiten zumindest diskutieren. Damit sollen nicht die Kultusministerien abgeschafft werden, aber wir müssen wirklich ernsthaft überlegen, wie wir es schaffen, eine Synchronisierung der verschiedenen Akteure vor Ort so zu organisieren, dass das tatsächlich funktioniert. Das heißt also, die Frage von kommunalen Bildungslandschaften vor Ort tatsächlich ins Blickfeld zu rücken. Die andere Frage betrifft die Parzellierung unterschiedlicher Zuständigkeiten der verschiedenen Akteursgruppen in dieser Gesellschaft durch den Föderalismus. Ich glaube, wir kommen aus den Fallstricken unserer gegenwärtigen Situation in Deutschland nur

dann heraus, wenn es uns gelingt, über die föderalen Ebenen und die Zuständigkeiten der öffentlichen Seite hinweg alle politisch Verantwortlichen an einen Tisch zu setzen und zu sagen, wer hat eigentlich was zu tun, und uns nicht immer nur die Aufgaben und Pflichten wechselseitig hin und her zu schieben und zu sagen, die anderen sind eigentlich schuld. Das hilft den Kindern auf jeden Fall nicht. Herzlichen Dank.

**Vorsitzende:** Ja, ganz herzlichen Dank, Professor Rauschenbach, für diesen fulminanten Appell für die Chancen von Kindern und Jugendlichen, für mehr und bessere Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie haben mir und vielen anderen hier wohl auch sehr aus dem Herzen gesprochen und es wäre in der Tat gut, wenn wir uns als Politik mal mit dem Gesamtbild beschäftigten. Das ist ja auch der Sinn von wissenschaftlicher Beratung und ich danke Ihnen ganz herzlich, auch für das intensive Engagement für dieses Thema, das Sie schon seit vielen Jahren praktizieren.

Abg. **Thomas Dörflinger** (CDU/CSU): Herr Professor Rauschenbach, zunächst einmal herzlichen Dank, sowohl für den engagierten Vortrag als auch für die Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung des Zwölften Kinder- und Jugendberichts. Ich will zwei Vorbemerkungen machen. Erstens: Wir sind eigentlich, was die Definition des Begriffes Bildung angeht, schon einmal weiter gewesen. Nicht wir, sondern diejenigen, die teilweise schon lange Zeit vor uns darüber nachgedacht haben. Ich erinnere mich an den einen oder anderen Autor, der Mitte des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der christlichen Soziallehre darüber reflektiert hat, wie man Bildung zu verstehen hat. Bereits damals wurde gesagt, dass Bildung wesentlich mehr sei als Wissensvermittlung und dass Bildung auch nicht unbedingt nur in den dafür geschaffenen Einrichtungen stattfinden, sondern dass Bildung, ganz ähnlich, wie Sie das formuliert haben, eine Möglichkeit sei, um den Leuten sozusagen das Rüstzeug an die Hand zu geben, damit sie sich im Leben zurecht finden. Wenn man es drastisch formulieren möchte, haben wir uns eigentlich über 100 Jahre konsequent zurück entwickelt und den Bildungsbegriff im Grunde genommen auf die reine Wissensvermittlung reduziert. Heute stellen wir fest, dass es eben nicht so ist und machen uns Gedanken darüber, welche Möglichkeit Politik und Gesellschaft haben, das anschließend in die Tat umzusetzen.

Zweite Vorbemerkung: Ich glaube, wir tun gut daran, bei allem Nachdenken darüber, wie wir das politisch in die Tat umsetzen, uns auch der Grenzen bewusst zu sein, was Politik zu leisten im Stande ist. Ich sage das nicht nur vor dem Hintergrund der Föderalismusdiskussion der und unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen, sondern auch vor dem Hintergrund, dass wir nicht in der Lage sind, per ordre mufti oder durch Gesetzeserlass bestimmte Definitionen in die Gesellschaft zu tragen. Wir sind darauf angewiesen, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs unter Einbezug möglichst aller gesellschaftlichen Akteure darüber führen, wie wir Bildung zukünftig zu verstehen haben. Das muss in diesem von Ihnen angesprochenen Sinne geschehen, denn wenn Politik diesen Diskurs sozusagen für sich selbst führt, dann werden wir nicht zum Ziel finden. Wir brauchen einerseits die Akteure, die direkt davon betroffen sind. Wir brauchen aber beispielsweise auch die gesellschaftlichen Gruppen wie die Kirchen, die Gewerkschaften und viele andere, die an dieser Diskussion partizipieren müssen.

Ich will ein paar Punkte aus dem Bericht herausgreifen, auch vor dem Hintergrund, dass wir versucht haben, in unserem Antrag einige Wege aufzuzeigen, wo insbesondere in der Zuständigkeit des Bundes die Möglichkeit besteht, im Sinne des Berichts das eine oder andere nach vorn zu bringen. Erste Bemerkung: Wir befinden uns, was die Qualifikationen zum Beispiel in der Tagespflege angeht, in einem Spannungsverhältnis zwischen a) den fachlich begründeten Anforderungen und b) den bereits vorhandenen Strukturen. Also, wie gehen wir die Gratwanderung zwischen a) der fachlichen Notwendigkeit und den fachlichen Erfordernissen und b) der Rücksicht auf bestehende Strukturen, insbesondere auch im ehrenamtlichen Bereich, so dass wir dem einen unter a) gerecht werden, ohne die Hürden für b), das andere, so hoch zu setzen, dass die dann möglicherweise durch den Rost fallen oder dass deren Realisierung nicht mehr möglich ist. Zweite Bemerkung: Ich sage das auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte, die wir über die Ereignisse in Bremen miteinander führen. Wo ist sozusagen der goldene Mittelweg? Ich sage es mal etwas volkstümlich, zwischen Zuckerbrot und Peitsche. Bildungsferne Schichten zu erreichen, das ist sicherlich auch eine Frage von Personal vor Ort, aber nicht nur. Wir können sehr viele Anreize schaffen, aber wenn diese Anreize von niemandem wahrgenommen werden, nützen sie uns nichts. Auf der anderen Seite ist die Möglichkeit der Sanktion für sich allein gesehen natürlich auch keine Möglichkeit, die zum Ziel führt. Deswegen die Frage, wo ist der Mittelweg zwischen beiden, um hier einen Schritt nach vorn zu kommen?

Eine letzte Bemerkung, die wir auch in dem Antrag dokumentiert haben: Selbstverständlich findet es unsere Unterstützung, Gesundheitssystem, Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule näher zueinander zu bringen. Andererseits muss man hier auf die Diskussion im Zusammenhang mit der Föderalismusreform zurückkommen; diese Frage haben Sie ja auch selbst schon angerissen. Wir wissen, dass es unter den nun geschaffenen Voraussetzungen - wir sind uns einig, dass es unsere Zustimmung nicht fand, aber deswegen sind die Fakten trotzdem so wie sie sind - nicht einfacher geworden ist. Deswegen müssen wir die Diskussion, die sich an den verschiedenen Punkten aus dem Zwölften Kinder- und Jugendbericht ergibt, nicht nur im Deutschen Bundestag, den Länderparlamenten und den Kommunalparlamenten führen, sondern wir tun gut daran, jeder für sich, diese Diskussion auch in den Parteien zu führen. Die Parteien sind im Hinblick auf die politische Umsetzung nachgerade klassisch dafür geeignet, einen Prozess zu befördern, der die Diskussion über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg ermöglicht. Dies ist in einem Parlament nicht möglich, das selbstredend zunächst einmal auf die eigenen Zuständigkeiten schaut und auch darauf angewiesen ist. Deswegen rate ich allen dazu, diese interdisziplinäre Diskussion zu führen, insbesondere in den Parteigremien und in den zuständigen Fachgremien und nicht nur auf den eigenen Tellerrand begrenzt.

Abg. **Miriam Gruß** (FDP): Sehr geehrter Herr Professor Rauschenbach, vielen Dank für den Bericht, auch Ihren Kollegen. Ich verbinde mit dem Bericht etwas ganz Besonderes, denn da habe ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Die Fraktion hat mir dafür sogar zwölf Minuten zugestanden, was einmal für die erste Rede etwas Besonderes ist, aber insgesamt ist es natürlich für eine Oppositionspartei etwas Besonderes, einem Redner zwölf Minuten Zeit zu geben. Das ist eben auch ein Signal der Fraktion gewesen, dass wir uns einmal wirklich ausführlich mit einer Thematik beschäftigen sollen, fernab von den, wie Sie es auch schon gesagt haben, oft zu kurz gesprungenen

Handlungsempfehlungen, die wir immer wieder abgeben. Deshalb finde ich es gut, dass wir uns an der Stelle auch im Familienausschuss einmal ausführlicher mit der Thematik Kinder und Jugend beschäftigen.

Ich finde es außerordentlich richtig, wenn Sie sagen, dass es bisher tatsächlich an einer eigenen Kinder- und Jugendpolitik gefehlt hat. Wir unterstützen die Forderung wirklich, hier ein eigenes Verständnis einzuführen. Auch sonst kann ich Ihnen in allen Punkten eigentlich nur zustimmen, insbesondere im Hinblick auf den Bildungsbegriff. In meiner ersten Rede habe ich gesagt, auch Humboldt hat schon verstanden, dass es eben nicht nur auf die Bildung ankommt. Er hat gesagt, es komme auch auf die Umstände an, wie Kinder lernen, wie Kinder aufwachsen und dass dies wichtiger ist als die eigentlichen Inhalte.

Ich will auch auf einige Punkte eingehen. Wenn wir über die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen reden finde ich es überaus wichtig, dass wir auch insgesamt ein System bekommen, in dem wir die einzelnen Qualitätsunterschiede quantifizieren und qualifizieren können. Das war jetzt kompliziert ausgedrückt. Wir brauchen einfach ein vergleichbares System in ganz Deutschland. Wir müssen mobil sein und deswegen ist es wichtig, dass es keinen Unterschied macht, ob ich mein Kind beispielsweise in Bayern in die Kinderkrippe gebe oder in Bremen, sondern es müssen überall Standards gesetzt werden für die Kinder. Auch zur Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher kann ich Ihnen nur zustimmen. Wir haben entsprechende Anträge immer wieder eingebracht. Ich greife mal einen Punkt heraus, der bisher in der Öffentlichkeit noch nicht so häufig diskutiert wurde. Ich finde es unheimlich wichtig, dass wir auch mehr männliche Erzieher bekommen. Der Anteil von Männern in den Kindergärten ist verschwindend gering. Bei den Grundschulen spricht die GEW von vielleicht 15 Prozent. Wir haben schon seit ein paar Jahren ein verändertes Verständnis und wissen, dass Kinder beide Geschlechter brauchen, nämlich Frauen und Männer. Es ist aber noch nicht durchgedrungen, deswegen fände ich es wichtig, dass verstärkt auch für die Männer in erziehenden Berufen geworben wird. Es ist wissenschaftlich anerkannt, dass Kinder beides brauchen. Vielleicht können Sie das noch aus Ihrer wissenschaftlichen Sicht kommentieren. Danke.

Abg. **Marlene Rupprecht** (SPD): Herr Professor Rauschenbach, erst einmal vielen Dank, dass Sie uns in der Kürze der Zeit den dicken Bericht noch einmal so präsent gemacht haben. Ich möchte ein paar Punkte herausgreifen, die Sie angesprochen haben. Den ganzheitlichen sozialraum- und lebensweltorientierten Ansatz finde ich hervorragend. Dass Kinder Rechtssubjekte sind, haben wir das erste Mal in unserem Gesetz zur Gewaltfreiheit in der Erziehung deutlich gemacht. Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Über diesen Satz gab es heftige Diskussionen im Parlament. Kinder sind Subjekte und nicht nur Objekte von Erziehung, und sie haben eigene Rechte. Ich denke, das war ein ganz, ganz wichtiger Schritt, auch wenn daraus in der Konsequenz nicht unbedingt weitere Rechte abgeleitet wurden. Aber das Bewusstsein wurde geschult, und das brauchen wir, um in der Öffentlichkeit Druck aufzubauen, damit hingeschaut wird, welche Ziele wir mit Kinder- und Jugendpolitik in öffentlicher Verantwortung verfolgen wollen. Darum geht es. Welche Ziele haben wir und welche Rahmenbedingungen brauchen wir dafür. Das ist eigentlich unser Knackpunkt. Und natürlich wird Kinder- und Jugendpolitik gern im Zusammenhang mit Familienpolitik diskutiert, weil es

ja auch Schnittmengen gibt. Auch im Umsetzungskreis des Nationalen Aktionsplanes haben wir darüber diskutiert, was Kinderpolitik ist und was Familienpolitik. Der beitragsfreie Kindergartenplatz ist meinem Kind ziemlich wurscht, weil es mit dem Geld gar nichts anfangen kann. Dem Kind ist es wichtig, dass es eine nette Erzieherin oder netten Erzieher hat, dass es Raum hat zum Toben, zum Spielen, zum sich Wohlfühlen. Dass das beeinflusst werden kann ist richtig, aber das ist zunächst einmal der familienpolitische Aspekt und nicht der kinderpolitische.

Das heißt, wir müssen Strukturen bauen, damit Kinder gerechte Chancen haben. Ich werde immer wieder gefragt, was der Unterschied zwischen Chancengleichheit und Gerechtigkeit ist. Ich sage immer, wenn man drei Meter unter der Decke Bananen hängt, dann ist es ungerecht, wenn ich kleiner Stumper mit 1 Meter 60 da hoch langensoll und neben mir einer mit 1 Meter 90 steht. Es ist ungerecht, obwohl er die gleichen Chancen hat wie ich, denn der Abstand von der Decke ist gleich. Für mich ist es aber nicht erreichbar, während es für ihn erreichbar ist. Und ich denke, der Unterschied zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit ist der Wechsel in der Sichtweise. Das eine ist die Sichtweise vom Angebot her, und die andere diejenige, die von den Bedürfnissen dessen ausgeht, der das erreichen will. Ich glaube, den Wechsel müssen wir im Kopf und in der Gesellschaft vollziehen, gerade im Hinblick auf Bildungsangebote und Startpositionen von Kindern. Sie sind eben nicht alle 1 Meter 90 groß, sondern viele sind auch 1 Meter 60 oder noch kleiner und sollen trotzdem an dasselbe reichen. Ich glaube, das ist etwas, was wir gesamtgesellschaftlich dringend brauchen.

Wir müssen auch den Nationalen Aktionsplan umsetzen, und zwar nicht nur auf Bundesebene. Dort können wir beginnen, weil wir da die Kompetenz haben. Bei der Umsetzungsstrategie sollte es uns aber gelingen, auch die Länder und die Kommunen mit ins Boot zu holen. Der Plan enthält so viele Punkte, die konkret umgesetzt werden müssen. Dabei müssen wir das Rad nicht immer neu erfinden, sondern können aufbauen auf dem, was wir an Kenntnissen haben und auf der Arbeit, die schon geleistet wurde. Ein Aspekt ist meiner Ansicht nach ganz, ganz wichtig, obwohl man ihn immer nur als Sahnehäubchen oben drauf tut. Aber es ist für Kinder und Jugendliche wichtig, ernst genommen und beteiligt zu werden, und zwar altersentsprechend und wirklich angemessen im Rahmen dessen, was machbar ist. Es fängt beim Baby an und geht bis zum erwachsenen Volljährigen. Man kann sie wirklich beteiligen, denn sie sind die besten Anwälte ihrer Interessen. Sie können das relativ gut ausdrücken, wenn man sie in ihrer Lebenswelt befragt und abholt. Das halte ich für einen wichtigen Punkt, nicht nur in der Schule, auch im Kindergarten und in den Familien.

In den letzten Jahren haben wir sehr viele Punkte zur Kinder- und Jugendpolitik voran gebracht, ob das der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist oder der Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen. Das sind sehr, sehr viele Punkte aus dem Konzept, früh fördern, früh bilden, die Chancen gerechter verteilen. Wir ergänzen es jetzt noch durch andere, zum Beispiel durch den Ausbau der Familienzentren zu Mehrgenerationenhäusern. Hier nehmen wir auch die ältere Generation mit ihrer Kompetenz mit hinein und sagen, ihr habt etwas, was andere vielleicht nicht mitbringen. Ihr habt Kompetenzen, die ihr an die nachwachsende Generation weiter geben könnt. Dieses ist ein wichtiger Punkt, um wirklich voran zu gehen.

Ich denke aber, dass der erste Knackpunkt sein wird, ob wir es schaffen, alle Entscheidungsträger dahin zu bringen, dass sie Kinder- und Jugendpolitik als gesamtgesellschaftliches Thema betrachten. Es kommt nicht nur auf Einzelfälle an, die mal in den Medien auftauchen, wenn etwas schief geht oder bei besonders schockierenden Ereignissen, sondern es kommt auf die Struktur an, die Kinder und Jugendliche vorfinden, auf den Rahmen, den sie zum Aufwachsen haben. Das lässt sich auch nicht mit Projektförderung bewältigen, das kann mal sein, aber das sind nur Einzelgeschichten. Sie brauchen eine Struktur, die ihnen dieses ermöglicht. Und deshalb muss die Kinder- und Jugendpolitik nicht nur auf bundespolitischer Ebene Strukturpolitik sein, sondern auch auf der Ebene der Länder und Kommunen unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte. Das Ziel der Kinder- und Jugendpolitik müsste sein, demokratische Menschen zu erziehen, die bereit sind, Verantwortung für sich, aber auch für die Gesellschaft zu übernehmen. Danke.

Abg. **Diana Golze** (DIE LINKE.): Vorangestellt ein Dank an Professor Dr. Rauschenbach und seine Kolleginnen und Kollegen für die Erarbeitung dieses umfangreichen Berichts, den meine Fraktion in großen Teilen natürlich unterstützt. Das habe ich auch in der Rede im Plenum bereits zum Ausdruck gebracht. Sie selbst, Herr Professor, und mehrere meiner Vorrednerinnen haben schon darauf hingewiesen, dass wir leider oftmals nur, wenn es aktuelle, leidvolle Ereignisse gibt, wieder über Kinderschutz, Kindeswohl und Kinderrechte reden. In dieser Gesellschaft scheinen wir leider immer erst wieder so ein Ereignis zu brauchen, um bestimmte Debatten voran zu bringen. Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht war ein schönes Ereignis, das auch dazu anregt, bestimmte Diskussionen zu führen. Wir müssen die Diskussionen führen. Sie haben es selbst schon angesprochen. Über Kinderarmut und ihre Folgen in unserer Gesellschaft. Wir müssen die Diskussion darüber führen, dass Jugendliche immer noch und zum Teil sogar verstärkt vor der Situation stehen, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen, und auch das ist ja ein Bildungsort und ein Teil der Bildungskarriere von Kindern und Jugendlichen. Wir müssen darüber reden, dass Strukturen der Jugendarbeit immer mehr unter finanziellem Druck stehen durch Kürzungen, die die Kommunen auf Grund der Ausstattung der öffentlichen Haushalte leider oft vornehmen müssen. Wir müssen darüber sprechen, dass auch diese Kürzungen mit Verantwortung dafür tragen, dass Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ihrem Schutzauftrag nicht in dem Umfang nachkommen können, wie sie es eigentlich müssten und sicherlich auch wollen. Wir müssen darüber reden, dass die öffentliche Kindertagesbetreuung so weit weg ist von einem flächendeckenden und umfassenden Angebot, dass ich an dieser Stelle an eine Aussage der ehemaligen Familienministerin, Frau Schmidt, erinnern möchte. Sie hat gesagt, wenn der Ausbau in diesem Tempo weitergeht, dann brauchen wir noch 100 bis 175 Jahre, um auf europäischem Niveau anzukommen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht das noch einmal in dieser qualifizierten Form zusammengefasst und daraus auch Schlussfolgerungen abgeleitet hat, die ich stellvertretend für meine Fraktion sehr unterstreichen möchte. Sie haben das vorhin selbst noch mal kurz angeführt. Der Rechtsanspruch auf einen elternbeitragsfreien Ganztagsbetreuungsplatz ab der Geburt. Es soll ein Anspruch des Kindes sein und der steht ihm zu, sobald es auf der Welt ist, und wir müssen dafür sorgen, dass dieser Anspruch umgesetzt wird. Und es ist natürlich eine Frage, ob der dann elternbeitragsfrei ist oder nicht, weil die Eltern danach entscheiden müssen, ob das Kind diesen

Anspruch wahrnehmen kann oder nicht. Bei vielen scheitert es alleine schon an den Kosten, die zum Beispiel die Essenversorgung mit sich bringt. Da sagen viele Eltern, das kann ich zu Hause billiger. Ich habe in meiner Rede auch erwähnt, dass uns vielerorts geschildert wird, dass in Kindereinrichtungen montags nicht pädagogisch gearbeitet werden kann, weil die Kinder einfach nur Hunger haben und auf das Mittagessen warten. Das ist auch schriftlich fixiert worden, wenn Sie es von mir bekommen möchten, können Sie das gerne haben.

Ich unterstütze sehr Ihre Forderung nach der Anhebung des Niveaus der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung. Hier muss natürlich nach wie vor noch viel gemacht werden. Ich spreche mich hier wirklich für ein Hochschulniveau aus. Das ist notwendig, um eine qualifizierte Betreuung und damit auch den Bildungsanspruch sicher zu stellen. Ich schließe mich sehr der deutlichen Kritik an der steigenden Kinderarmut an. Sie haben sich ja auch vorhin dazu geäußert, dass wir an mehreren Stellen etwas dagegen tun müssen, sowohl infrastrukturell als auch im Hinblick auf konkrete Leistungen. Ich möchte auch noch mal an der Frage der Föderalismusreform ansetzen. Sie haben selbst auch davon gesprochen, dass die Bedingungen für die Kinder- und Jugendhilfe schwieriger werden. Und ich freue mich, wenn Herr Dörflinger sagt, dass wir nicht nur in den einzelnen Institutionen auf verschiedenen Ebenen darüber sprechen müssen, sondern auch in den Parteien. Wenn die CDU so weit ist und diese Diskussion geführt hat würde ich mich über ein Zeichen freuen, dass wir einen Antrag auf Rücknahme der Änderungen in Artikel 84 der Grundgesetzes stellen können.

Als eine Frage, die ich noch an Professor Rauschenbach stellen möchte, möchte ich einen Vorschlag des Kinderschutzbundes aufgreifen. Es geht um die gesundheitliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Der Kinderschutzbund hat vorgeschlagen, das Recht von Kindern auf Gesundheit im Bürgerlichen Gesetzbuch festzuschreiben, um damit auch den Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe dann die Möglichkeit zu geben, zum Beispiel Vorsorgeuntersuchungen anzuordnen, wenn sie das Gefühl haben, dass dies notwendig sei. Der Kinderschutzbund sagt, dass das helfen könnte, das Recht von Kindern auf Gesundheit ohne straf- oder ordnungsrechtliche Sanktionen durchzusetzen, die ja auch diskutiert werden. Mich würde interessieren, wie Sie diesen Vorschlag bewerten. Und zweitens: Vor wenigen Tagen ist die Schell-Studie vorgestellt worden, die von einem interessanten Widerspruch geprägt ist. Sie sagt, dass wir es mit einer sehr motivierten Jugend zu tun haben, die eigentlich sehr optimistisch geprägt ist, die sich ehrenamtlich engagiert, die bereit ist, Leistung zu erbringen. Gleichzeitig hat sie aber immer mehr Angst vor der Zukunft; Angst, keine Arbeit zu bekommen oder diese schnell wieder zu verlieren und ist im Vergleich zur letzten Schell-Jugendstudie insofern etwas pessimistischer geworden. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch und was müsste die Politik tun, um dieser optimistischen Variante wieder mehr Kraft zu geben? Vielen Dank.

Abg. **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Professor Rauschenbach, ich habe Sie ja heute nicht das erste Mal gehört, sondern hatte schon mehrfach die Gelegenheit dazu. Und ich muss Ihnen ganz persönlich mein Kompliment aussprechen. Wenn ich Ihnen zuhören bin ich jedes Mal von neuem begeistert, weil Sie einen mit Ihren Themen so anstecken. Das, was Sie sagen ist ja richtig und

jeder, der Ihnen zuhört, stimmt Ihnen auch zu. Und umso entsetzter bin ich eigentlich darüber, dass die Politik weit davon entfernt ist, das, was Sie sagen, zu konkretisieren, zu operationalisieren und umzusetzen. Ich bin schon fast ein bisschen frustriert darüber, wie man trotz dieser Einsicht so langsam vorankommen kann. Also, wenn ich mir zum Beispiel die Debatten um das Tagesbetreuungsausbaugesetz anschau. Wir haben so lange gebraucht, um eine Sache, die in diesem Land eigentlich selbstverständlich sein sollte, zu etablieren und durchzusetzen. Wenn ich daran denke, welche Kämpfe wir dafür ausgestanden haben, beruhigt mich das, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Und mich beruhigt es auch nicht, wenn Sie, Herr Dörflinger, sagen, die fachlichen Anforderungen sind erkannt, aber es gibt nun mal feststehende Strukturen und irgendwie müssen wir den Mittelweg finden. Also, entweder wir erkennen die fachlichen Anforderungen an und dann handeln wir, oder wir erkennen sie nicht an und lassen es so wie es ist. Aber das Argument, es war schon immer so, ist für mich keine politisches Argument. Das war noch nie ein politisches Argument. Das ist ein Argument des Stillstands.

Ich finde es sehr wichtig, dass Sie in diesem Bericht noch einmal einen Schwerpunkt auf die Bildung setzen. Ich teile übrigens Ihre Einschätzung im Hinblick auf die Debatte um soziale Benachteiligung, um Armut oder „Unterschichten“, – das ist nicht mein Begriff - wenn Sie sagen, es ist nicht alles mit Geld zu lösen, sondern wir müssen über neue Wege nachdenken. Und da ist die Infrastruktur das A und O. Ich glaube übrigens, dass das nicht nur ein Modell für diese Kinder ist, sondern auch für die Kinder aus allen anderen Familien. Das Wort Bildung hat einfach durch die Komplexität der Umwelt eine neue Bedeutung gewonnen. Nach wie vor, und da haben Sie ja völlig recht, haben die Bildungschancen eines Kindes mit dem Geldbeutel des Elternhauses zu tun, und das müssen wir durchbrechen. Und da müssen wir nicht nur von Finnland lernen, sondern wir müssen tatsächlich auch in den Köpfen noch weiter bohren.

Ich habe an dieser Stelle ein paar Fragen an Sie. Spätestens nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und den Änderungen im KJHG gibt es in den meisten Bundesländern diese Bildungs- und Erziehungspläne. Haben Sie neue Erkenntnisse über die Anwendung und Implementation dieser Erziehungspläne, über die diesbezüglichen Erfahrungen vor Ort in den Kindergärten und Kinderkrippen? Ich hoffe auch, ich habe Sie richtig verstanden. Auch ich halte einen „TÜV“, wie Sie es benannt haben, feste Standards, für wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, dass wir über eine Landschaft der pädagogischen Vielfalt verfügen, dass da auch experimentiert und ausprobiert wird. In diesem Zusammenhang haben Sie ja auch über die Erzieherinnenausbildung gesprochen. Ich halte es übrigens für sehr wichtig, dass wir diesen Erzieherinnenberuf nicht nur besser bezahlen, sondern auch gesellschaftlich besser anerkennen, denn dies ist das Tor zur Anerkennung dieser Leistung als Bildungsleistung. Da tut sich ja sehr, sehr viel in der Landschaft. Ich weiß nicht, in wieweit Sie sich in Ihrem Institut damit beschäftigen, aber es gibt da ja sehr viele Modellprojekte. Können Sie uns sagen, bis wann wir mit den ersten Ergebnissen zu rechnen haben bezüglich der Akademisierung der Ausbildung der Erzieherinnen? Was ich sehr interessant finde, ist Ihre Idee von den Bildungslandschaften. Ich denke, das ist noch eine neue Aussage in der Debatte. Vielleicht könnten Sie das noch einmal konkretisieren.

Ein paar Punkte möchte ich noch zum Standpunkt meiner Fraktion sagen. Wir haben übrigens zu dieser Debatte einen Antrag eingereicht, in dem die Kernpunkte Ihrer Botschaften aufgenommen wurden, angefangen von der Fach- oder Hochschulausbildung von Erzieherinnen bis hin zum Ausbau der Kinderbetreuung und dem Rechtsanspruch. Ich bedauere es zutiefst, dass dieser Antrag hier nicht nur ausgebremst, sondern wahrscheinlich auch abgelehnt wird. Wir haben in der letzten Woche einen einmaligen Vorschlag eingebracht, wo wir gesagt haben, es ist möglich, dass der Bund nicht nur einen Rechtsanspruch schafft, sondern auch die finanziellen Rahmenbedingungen dafür stellt. Wir haben ein Instrument vorgestellt, wie man möglichst zeitnah und verfassungsfest tatsächlich zu einem Ausbau kommen kann. Auch das wurde hier abgelehnt. Darüber hinaus haben wir einige Ideen im Bereich der Qualität in den Einrichtungen eingebracht. Auch das wird vermutlich hier abgelehnt. Daran zeigt sich das, was ich schon eingangs erwähnt hatte: In der Idee teilen das alle. Wenn es aber darum geht, es in konkrete Instrumente umzusetzen, ist doch ein Großteil dagegen, und ich glaube, das frustriert nicht nur mich. Ein letzter Punkt: Ganz aktuell ist die Debatte um Kinderrechte in die Verfassung. Hierzu würde mich Ihre persönliche Einschätzung interessieren. Ich teile diese Forderung und wir erhoffen uns davon, dass man tatsächlich die Kinderpolitik wieder in den Mittelpunkt rückt und dass damit auch die eine oder andere Gerichtsentscheidung in diesem Land womöglich anders ausfällt. Aber auch an diesem Punkt muss ich ein bisschen Wasser in den Wein schütten. Die meisten hier in diesem Ausschuss sind wahrscheinlich für Kinderrechte in die Verfassung. Wenn es aber dann darum geht, über eine konsequente Umsetzung der Kinderrechtskonvention zu reden, so wird das verschoben. Zumindest wurde es heute nach einer Mehrheitsentscheidung hier nicht behandelt. Meine Befürchtung ist, dass die besten Kinderrechte in der Verfassung nichts bringen, wenn die Politik das nicht ernst meint, wenn es nicht umgesetzt wird und wenn man sich davor drückt, darüber zu debattieren.

Prof. Dr. **Thomas Rauschenbach**: Also, ich bin ja nicht das Wikipedia der Kinder- und Jugendhilfe, das sozusagen auf alle Fragen sofort die Antworten bereithält. Vieles, was Sie sagen, leuchtet mir ein. Zu manchem habe ich vielleicht noch eine Anregung. Manches haben Sie, glaube ich, richtig benannt. Ich gehe einfach der Reihe nach durch. Herr Dörflinger, was Sie zur Historie gesagt haben ist völlig richtig. Ich zitiere an dieser Stelle immer gern Pestalozzi, der sagt: „Lerne mit Kopf, Herz und Hand.“ Das ist so eine alltägliche, banale Formulierung. Sie bringt es aber sehr auf den Punkt und man könnte es jetzt soziologisch noch mal abstrakter reformulieren. Wir müssen trotzdem immer fragen, was heißt das im 21. Jahrhundert? Wie übersetzen wir das in einer modernen Gesellschaft? Wir müssen einfach realistisch die heutigen Rahmenbedingungen betrachten, die sich verändert haben und in denen eben bestimmte Stabilitäten nicht mehr bestehen. Aber wir können viel aus der Geschichte lernen und ich hätte auch gesagt, der Anspruch des Berichts liegt nicht darin, ganz neue Ideen zu haben, sondern das vorhandene Wissen noch einmal zu komprimieren und die Gesamtidee dahinter aufzuzeigen.

Ich stimme Ihnen auch sehr in dem zu, was Sie zur Tagespflege gesagt haben. Wir müssen den Spagat hinkriegen. Die reale Situation ist so, wie sie ist, aber ich finde trotzdem, dass wir unseren Anspruch beibehalten müssen und dass das TAG da den richtigen Weg geht. Es ist richtig, dass wir fachliche Standards formulieren, denn wenn wir kein Zielmaßstab haben, dann ist jede Beliebigkeit

gegeben. Und wir haben aus dem Jugendbericht heraus sehr dafür plädiert, auch die Erlaubnisfrage als Kindeswohlfrage ernst zu nehmen. Ich weiß, dass es hierzu im Bundestag Kontroversen gab. Wir können aber doch nicht einfach sagen, na ja, Tagespflege ist wie ein Putzverhältnis. Es geht um Kinder, und es geht um Kinderschutz. Und deswegen finde ich es richtig, diese Schritte weiter zu gehen und hier eine Qualifizierung vorzunehmen. Man muss auch dafür sorgen, dass die Tagespflege nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt wird als die „stationären Angebote“, also die Kinderkrippen oder Kindergärten. Ich glaube, wir haben das in unserem Gutachten mit einem sehr realistischen Maß formuliert und sind uns klar, dass man Zwischenschritte haben muss. Aber ich habe gesagt, ich kann überhaupt nicht einsehen, warum wir in der Altenpflege völlig selbstverständlich stationär und ambulant als gleichrangiges Nebeneinander haben und dort gleiche Grundqualifizierungen bestehen, aber bei der Tagespflege immer noch meinen, in der ambulanten Form brauchten wir gar keine Ausbildung. Ich verkenne nicht, dass Babysitten von zwei Stunden in der Woche nicht das Gleiche ist, wie 40 Stunden mit 15 bis 20 Kindern zu arbeiten. Trotzdem müssen wir langfristig auch da Ausbildungsmodelle finden, wir müssen es näher an die institutionelle Kinderbetreuung heranführen.

Was wirklich ein kompliziertes Problem ist und wo ich hoffe, dass wir eine kluge Debatte führen, ist der Mittelweg zwischen Zuckerbrot und Peitsche, wie Sie es formuliert haben. Ich glaube, wir haben in Deutschland gut daran getan, mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ein eher dienstleistungs- und anreizorientiertes Gesetz zu schaffen. Dahinter würde ich nicht zurück wollen. Trotzdem gibt es in diesem Gesetz ja auch Instrumente der Intervention und der Kindeswohlsicherung, und dies ist jetzt mit dem § 8a KJHG zu Recht noch einmal verstärkt worden. Aber ich finde auch, gerade am Beispiel der Verfassung, aber auch an der Entwicklung des Umgangs mit Kindern, kann man eigentlich sehr schön sehen, dass man trotzdem in dieser Gesellschaft etwas zum Thema Gewaltfreiheit erreicht hat. Wir sind sicherlich keine gewaltfreie Gesellschaft, aber gemessen an der Situation vor 50 oder 100 Jahren sind wir enorm gewaltfrei geworden im Umgang mit Kindern, im schulischen Kontext und im privaten Kontext. Und insofern zeigt sich auch, dass wir Kulturen durch Anreize und durch öffentliche Debatten tatsächlich beeinflussen können. Also, man kann heute wieder die Zeitung aufschlagen und immer, wenn wir ein Problem haben, kommen wir sofort mit einer Pflichtdebatte und glauben, wir lösen die Probleme mit Pflicht. Ich wäre doch schon froh, wenn wir in dieser Gesellschaft so weit wären, dass erst einmal die bereits vorhandenen Instrumente positiv bewertet würden. Vor fünf oder zehn Jahren war der Kindergarten in dieser Gesellschaft immer noch ein notwendiges Übel und nicht eine Selbstverständlichkeit, eine Chance für Kinder. Und wenn wir das erst mal kommunizieren würden! Ich sage immer wieder, ich habe noch kein öffentliches Plakat gesehen, das beispielsweise sagt: „Kindergarten ist die Chance für Kinder!“ Das wäre mal eine Kampagne, wo ich vielleicht auch Personen erreiche, die sonst gar nicht auf die Idee kämen. Personen, die sagen, im Kindergarten stellt man die Kinder ab, das ist ja sozusagen ein Nachteil für Kinder. Also, Pädagogik war immer klug beraten, zu sagen, lasst uns erst Überzeugung bilden, lasst uns Anreize geben, lasst uns Werbung nutzen. Lasst uns Ansprache benutzen.

Das Kernproblem von Bremen und anderen Fällen ist auch nicht die Frage der Pflicht, sondern die Risikoabschätzung. Es ist die Entscheidung, wann gehen wir hinein und sagen, jetzt geht es nicht

mehr in der Familienkonstellation. Es muss ja nicht immer so krass wie in Bremen sein; da gibt es viele, viele andere Grenzfälle und jeder Jugendamtsmitarbeiter muss sich an solchen Tagen fragen, mache ich das jetzt oder nicht. Nur, wenn wir es machen, dann dürfen wir nicht zwei Stunden später am Beispiel von KJHG und TAG sagen, die Kosten laufen uns davon, das geht alles nicht. Es kostet dann eben etwas, Kinder ins Heim zu nehmen, Kinder in Pflegefamilien zu nehmen und gleichzeitig haben wir eine nicht endende Debatte in diesem Bereich. Also, da müssen wir doch ernsthaft und konsequent sagen, ja, in dieser Gesellschaft werden die Kosten für diese Dinge eher noch zu- als abnehmen. Das ist eine Wahrheit, die müssen wir als Gesellschaft akzeptieren. Die Frage ist, was sind uns unsere Kinder wert? Und was ist uns diese Zukunft wert? Also, mir ist es sehr klar und wir müssen auch über die Frage von Intervention reden, und spätestens dann sind wir bei der Frage der Kinderrechte. Solange wir ein einseitiges Elternrecht haben, ist es immer schwierig. Es ist sozusagen ein Akt gegen ein Elternwillen. Das sind eben ganz komplizierte Situationen und das ist ein Grundproblem, das ist mir vollkommen klar. Aber ich baue darauf, dass wir unsere Möglichkeiten als Gesellschaft noch nicht ausgereizt haben und wir werden immer Grenzfälle haben. Das ist genauso wie beim Auto. Die Autos sind heute viel sicherer geworden, und trotzdem passieren immer wieder Unfälle. Also, das ist eine schwierige Frage.

Frau Gruß hatte nach den Männern in Erziehungsberufen gefragt. Also, da rennen Sie bei mir so große Scheunentore ein, dass ich die sozusagen gar nicht mehr breiter machen kann. Es ist ein Drama, dass zunehmend Kinder bis zum zehnten Lebensjahr in einer männerfreien Zone aufwachsen. Im familiären Bereich sind das oft Mobilitätsanforderungen, wenn Väter die ganze Woche nicht da sind, weil sie in anderen Orten leben. Zunehmend feminisieren wir auch die Grundschulen, wir feminisieren die Kindergärten. Wir haben nichts dazu getan. Wir haben Diskussionen, wir haben Projekte, Frauen in Männerberufen, wunderbar. Aber umgekehrt! Ich kenne keine Debatte und keine wirklichen Projekte, wo wir dies machen. Und was machen wir jetzt? Das ist eine ganz andere Baustelle, da wird hoffentlich Herr Dr. Kues jetzt nicht gleich nervös, aber aus ganz anderen Gründen bauen wir den Zivildienst ab. Damit haben wir in der Realität wieder einen Bereich weniger, in dem junge Männer noch ein Stück soziale Erfahrung machen können. Also, darüber müssen wir politisch zumindest noch nachdenken. Wie schaffen wir es, dass Männer dazu Zugänge finden, wenn sie schon so sozialisiert werden, dass sie sagen, mit Erziehung haben Männer eigentlich sowieso nichts zu tun. Also eigentlich reproduzieren wir hinter den Kulissen wieder die Geschlechtsspezifik. Insofern müssen wir hier Projekte, Modelle, Versuche und Wege machen. Ich habe vor kurzem an anderer Stelle im Bundestag auf die Idee der Freiwilligendienste hingewiesen. Hier könnten wir wirklich einiges tun. Als jemand, der seit 30 Jahren entsprechendes Personal ausbildet, hätte ich allerdings immer gesagt, ich hätte eine Geschlechterquote in der Hinsicht, dass jeder Mann automatisch einen Platz bekommt, wenn er diese Ausbildung machen will. Auf diese Weise könnten wir die geringe Zahl wenigstens etwas nach oben treiben, aber ich glaube, das ist politisch nicht so opportun.

Was Frau Rupprecht zur Schaffung der kinderpolitischen Strukturen gesagt hat, ist in der Tat eine Kernherausforderung. Kinderpolitische und familienpolitische Strukturen sind nicht identisch. Sie können zusammen passen. Ich will das nicht gegeneinander ausspielen, aber kinderpolitische Strukturen schaffen heißt zum Beispiel, von der Bildung, vom Entwicklungsgedanken der Kinder

auszugehen und nicht von der Versorgungssituation der Familie. Man könnte das auch sehr schön am Siebten Familienbericht zeigen, der das ganz ähnlich formuliert. Wir haben uns da, glaube ich, ganz gut abgestimmt. Im Prinzip geht es um zwei Dinge: Verlässlichkeit für Kinder und zwar in einer Welt, die immer weniger stabil wird. Gerade bei instabilen Rahmenbedingungen muss ich pädagogische Verlässlichkeit schaffen. Und ich muss planen, und da kommen wir in die Debatte um Bevölkerungspolitik und geringe Geburtenzahlen. Wir müssen Erwartbarkeit für Eltern schaffen. Und für die Erwartbarkeit für Eltern reicht es nicht, wenn ich sage, Elterngeld. Dann habe ich das ein Jahr und alle fragen, was ist danach? Ich muss dieses politisch lösen und nur wenn wir darauf eine überzeugende Antwort geben, wird sich in dieser Gesellschaft etwas ändern. Trotzdem würde ich sagen, für mich gehen im Moment alle politischen Entwicklungen in die richtige Richtung. Ich habe noch nie so viel Vernünftigkeit in diesem Bereich gehört wie in den letzten Jahren. Ich glaube, es ist ein gesellschaftliches, auch ein nationales Bewusstsein da, dass wir hier etwas tun müssen. Ich bin mit diesem Jugendbericht in mindestens 20, 25 großen Städten Deutschlands gewesen, auf kommunaler Ebene. Ich habe ganz viel Zuspruch bekommen und viele wollen auch vor Ort etwas tun. Ich war bei Kirchen, ich war bei öffentlichen und bei freien Trägern. Also ich glaube, es gibt eine Bewegung, die wir nutzen sollten und insofern ist auch die Idee von Herrn Dörflinger ein richtiger Impuls, auch in den Parteien noch einmal verstärkt Diskussion zu führen. Wenn wir nicht immer nur wechselseitig schauen, was die anderen schlecht machen, sondern wenn jeder hier vor seiner eigenen Türe kehrt, dann wird man in die richtige Richtung kommen. Es ist eine Chance in der Politik, die wir nutzen sollten. Sie sehen, auch die Medien waren noch nie so voll davon und sind bereit, über diese Themen zu diskutieren.

Frau Golze hat das Thema Kinderarmut und Ausbildungsplätze angesprochen. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema, aber das war nicht Gegenstand des Kinder- und Jugendberichts. Deswegen will ich hier nicht weiter darauf eingehen. Ich will nur einen Satz zum Thema Beitragsfreiheit sagen, weil es bei dieser Debatte immer kreuz und quer geht. Ich habe es vorhin vielleicht etwas flapsig formuliert. Gebührenfreiheit ist im Prinzip ein völlig richtiger Weg. Es ist richtig, dass wir sagen, das Aufwachsen von Kindern muss beitragsfrei sein. Das ist gar keine Frage. Wir haben nur als Jugendbericht gesagt, unter Knappheitsgesichtspunkten würde ich die Prioritäten so setzen, dass ich zuerst allen Kindern einen Zugang schaffe, bevor ich die privilegiere, die einen Platz haben. Das ist eine Prioritätensetzung. Punkt zwei: Wir haben fast durchgängig in Deutschland eine soziale Staffelung. Die kommunalen Spitzenverbände sagen immer zu Recht, derjenige, der kein Einkommen hat, der bekommt bei uns auch einen beitragsfreien Platz. Deswegen habe ich gesagt, wenn wir das im Moment machen, haben wir in der Tendenz einen Mittelschichteffekt. Im Übrigen ist es auch kein Anreizsystem. Wenn wir einen Anreiz schaffen wollen, dann würde ich ganz und gar dafür plädieren, das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen und nicht das letzte. Dann könnte man Migranten und Menschen, die nicht viel Geld haben, erst einmal dafür gewinnen, ihre Kinder in Kindergärten zu schicken. Es wäre also eher eine Art kostenloser Schnupperkurs, und dann kann man sagen, wenn ihr es gut findet, könnt ihr auch dabei bleiben und etwas bezahlen. Aber die Maxime muss sein, dass an der Beitragsfrage kein Kita-Platz scheitern darf. Das würde ich immer so formulieren und solange wir eine gute, soziale Staffelung haben, ist es in Ordnung. Alles andere ist im Moment unter Knappheitsbedingungen zu sehen, und es können möglicherweise auch Eltern, die etwas besser da

stehen, die Kosten noch mittragen. Deswegen habe ich gesagt, ich würde erst mal den Ausbau machen.

Auf die Shell-Studie will ich nicht im Detail eingehen. Dazu könnte ich auch deswegen viel sagen, weil das Deutsche Jugendinstitut eine viel größere Studie gemacht hat und viele Ergebnisse ähnlich sind. Aber es ist in der Tat eine Diskussion, ob man das, was sie formuliert hat, pessimistisch nennt oder realistisch. Das ist so eine Abwägungsfrage, wie man die Daten interpretiert und liest. Manchmal weiß ich auch nicht, ob wir nicht mit diesen Studien mehr Jugendbilder erzeugen als Jugendwirklichkeiten abzubilden. Deswegen halte ich mich in diesem Punkt etwas zurück. Ich möchte noch kurz auf die Frage von Frau Deligöz zu den Bildungsplänen eingehen. Meiner Kenntnis nach gibt es keine, zumindest keine empirisch validen und belastbaren Erkenntnisse zur Frage dieser Bildungspläne. In der Tendenz sagen viele, die Bildungspläne sind in den Kindergärten noch gar nicht richtig angekommen. Also, das könnte ein Problem sein. Aber ich kann das überhaupt nicht verallgemeinern. Ich habe dazu keine systematischen Hinweise. Sie haben auch nach der Anerkennung der Erzieherinnen und der Anhebung der Erzieherinnenausbildung gefragt. Es gibt von der Bosch-Stiftung eine Initiative, „Profis in den Kindergarten“. Ich bin dort im Beirat. Es gibt fünf unterstützende Institutionen. Wir werden das jetzt auch systematisch ausweiten. Das Deutsche Jugendinstitut hat vor kurzem ein Buch zu Reformen oder Ende der Erzieherinnenausbildung herausgegeben. Dort finden Sie ganz viel Material zu den Kontroversen hinter den Kulissen, zu den Fakten und Daten dieser Entwicklung.

Zum letzten Punkt: Lokale Bildungslandschaften. Also, eine konzeptionelle Idee des Berichtes war zu sagen, es geht darum, wie wir die Bildungsakteure vor Ort so organisieren, dass sie zusammen arbeiten. Wie organisieren wir es so, dass es nicht einfach getrennte Welten sind; da gibt es einen Kindergarten, da gibt es eine Schule, da gibt es eine Jugendarbeit, sondern wie schaffen wir vor Ort den Zusammenhang. Wie schaffen wir den Zusammenhang, wie schaffen wir Bildungspartnerschaft zwischen Familie auf der einen Seite, Schule auf der anderen Seite und der Jugendhilfe als drittem Akteur und auch anderen, zum Beispiel den Vereinen. Wir müssen drüber nachdenken wie wir es schaffen, dass Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss und andere Akteure gemeinsam überlegen, was man im Interesse der Kinder tut. Es ist einfach fatal, wenn nachmittags Kinder tolle Sachen im Rahmen der Jugendarbeit machen, die Schule davon aber keine Kenntnis hat und umgekehrt. Es nützt mir auch nichts, wenn wir in Deutschland nur Ganztagschulen machen, in denen die Lehrer zur Mittagszeit pünktlich den Platz räumen, damit die Erzieherinnen oder die ehrenamtlichen Kräfte am Nachmittag Platz haben, aber keiner vom anderen weiß, was eigentlich passiert. Also, wir müssen dann auch inhaltliche Netze schaffen, und dazu braucht es Strukturen. Man muss auch politisch dafür streiten, dass es vor Ort so abgesichert ist, dass diese lokalen Bildungslandschaften funktionieren.

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch meinen herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Rauschenbach. Ich möchte erst einmal an die Kollegin Rupprecht und den Kollegen Dörflinger sagen: Ich glaube, dass es auch zur Ehrlichkeit der Debatte gehört, nicht einen Appell nach dem anderen an Entscheidungsträger zu formulieren, denn Entscheidungsträger sind wir selbst. Meine Kollegin Deligöz hat vorhin auf einige Entscheidungen hingewiesen, die wir hier im Parlament

zumindest beeinflussen können, sei es die UN-Kinderrechtskonvention, sei es der vorhin diskutierte Antrag zur materiellen Besserstellung von Kindern, die durch die Hartz-Gesetzgebung schlechter gestellt sind als vorher in ihrem Regelsatzbezug, sei es die Frage des Rechtsanspruchs ab einem Jahr und viele weitere Punkte. Und deshalb gehört es zur Ehrlichkeit der Debatte, nicht nur sehr viel Verständnis für einen solchen Bericht und seine Forderungen zu haben, sondern auch zu sagen, wo die nächsten Handlungsschritte sind. Herr Professor Rauschenbach, ich würde Ihnen in Ihrer Bewertung über die Diskussionsbereitschaft in Deutschland zum Thema Bildungspolitik und auch über die Notwendigkeit der Veränderung zustimmen. Das ist eine breit gefasste Debatte, die sehr intensiv geführt wird, vom Arbeitgeberverband über die Bildungsspezialisten, in den Kirchen und überall anderswo. Aber das Problem ist, dass es keine Verankerung in der Politik hat. Und da ist es wirklich ein Riesenproblem. Nach PISA wissen wir auf der einen Seite, was notwendig ist. Wir leisten uns zum Beispiel in dem Bundesland, aus dem ich komme, Nordrhein-Westfalen, eine Debatte über die Einführung von Kopfnoten, über die Einführung von zentralen Prüfungen, über die Notwendigkeit des dreigliedrigen Schulsystems, obwohl wir in den nächsten zehn Jahren tausend Schulen schließen. Das ist die Realität. Deshalb stimme ich Ihnen auf der einen Seite zu, auf der anderen bitte ich Sie aber, das Bild nicht zu positiv zu skizzieren. Ich frage mich immer, wie wir die Dinge, die Hartmut von Hentig und viele andere Bildungswissenschaftlerinnen mittlerweile in die Debatte einspeisen und die in vielen gesellschaftlichen Gruppen verankert sind, in parteipolitisches und dann auch in gesetzgeberisches Handeln umleiten können. Ich glaube, dass wir durch die Föderalismusreform an diesem Punkt einen großen Fehler begangen haben, indem wir die Steuerungsfähigkeit der Bildungspolitik aus der Hand gegeben haben. Das trifft im Übrigen auch auf § 84 KJHG zu. Die Debatte haben wir sehr intensiv geführt.

Zwei konkrete Fragen noch von meiner Seite: Glauben Sie auch, dass wir eigentlich eine völlig neue Debatte über das Spannungsfeld Elternwohl, Kindeswohl und Familienwohl brauchen? Ich bin davon überzeugt. Und ich glaube, dass wir die Debatte auch viel intensiver initiieren müssen und nicht immer nur in konkreten Situationen reagieren, mit denen man sich konfrontiert fühlt. Ich persönlich glaube, dass dieses Spannungsverhältnis einer wirklich intensiven Diskussion und Neubestimmung bedarf. Und meine zweite Frage und gleichzeitig auch Appell: Wir erleben ja gerade eine Debatte über neue Armut. Und als Unterton nehme ich so ein bisschen wahr, lasst uns mal nicht länger über materielle Armut reden, weil eigentlich geht's hier doch um bildungsferne, um Bildungs- und Beteiligungsarmut. Damit entledigt man sich so ein bisschen der Verantwortung, auch über materielle Armut zu diskutieren. Ich glaube, Sie haben vorhin bei der Frage um Gleichheit von Anfang darauf hingewiesen, dass das zusammen gehört und dass man es nicht isoliert diskutieren kann. Man kann nicht sagen, wir reden jetzt mal über Beteiligungsarmut in dem Sinne, dass die halt nicht an Kultur und Gesellschaft teilhaben können, sondern es hat etwas mit ökonomischer Armut zu tun. Und da fände ich es ganz wichtig, wenn das, was Sie in Ihrem Bericht festgestellt haben, auch in die öffentliche Debatte einfließen könnte. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Ich entnehme dem, was Sie sagen und was auch im Bericht steht, dass wir eigentlich an drei Stellschrauben ein radikales Umsteuern brauchen und möchte Sie einfach noch einmal fragen, wo man noch besser ansetzen kann. Das erste ist der Ansatz, sehr viel früher zu beginnen. Schon die

Diskussion über unter Dreijährige war ja kulturell nicht einfach. Also, was kann man tun, um das Argument zu stärken, dass wir mit dem Thema Bildung viel früher ansetzen müssen. Der zweite Punkt, an dem man nach meiner Meinung umsteuern muss, ist das Thema, Eltern in die Verantwortung nehmen. Das ist ja eigentlich auch das Konzept der britischen Early Excellence-Center, die ja unser Vorbild für die Eltern-Kind-Zentren, Familienzentren und auch Mehrgenerationenhäuser sind. In Deutschland haben wir in der Tat so eine Debatte, Elternrecht kontra Kindesrecht, Elternverantwortung kontra Kinder als Subjekte. Ich glaube, dies muss man aufbrechen und beides mehr fordern. Also, wir brauchen mehr Verantwortung und Unterstützung für die Eltern. Dabei würde ich vielleicht nicht so weit gehen wie Klaus Hurrelmann, der verpflichtende Elternkurse gefordert hat, aber dahinter steckt ja die Idee, dass die Eltern, um es mal so platt zu sagen, die es am nötigsten hätten, diese Kurse am wenigsten wahrnehmen. Der dritte Punkt im Hinblick auf die radikale Umsteuerung ist wirklich staatliche Verantwortung. Ich glaube, wir müssen ein stärkeres gesellschaftliches Bewusstsein dafür schaffen, dass es eine staatliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern gibt und dass nicht immer die Elternrechte höher stehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal die Frage von Frau Golze aufgreifen, weil ich selbst auch schon seit einiger Zeit vertrete, dass man überlegen muss, den Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch über die gewaltfreie Erziehung um das Recht auf Gesundheit zu ergänzen. Das gäbe uns die Möglichkeit, zumindest einen Schritt in Richtung höherer Verbindlichkeit zu machen. Nicht eine Pflichtvorsorgeuntersuchung, die ich persönlich zwar auch gut fände, aber da bin ich allein auf weiter Flur und habe mich auch überzeugen lassen, dass dies in der Tat realistischer umzusetzen ist. Wenn man da wirklich das Recht der Kinder auf Gesundheit verankern würde, könnte man es in der konkreten Situation stärker zur Geltung bringen. Wir haben ja im Grundgesetz nicht nur das Recht der Eltern auf Erziehung verankert, sondern auch die Pflicht der Eltern zur Erziehung, und wir haben im Grundgesetz in Artikel 6 auch das Wächteramt des Staates verankert. Ich glaube, wir müssen noch mehr tun, um diese Verantwortung auch umzusetzen. Deshalb noch einmal meine Frage an Sie, wie man das ganz konkret anpacken kann.

Abg. **Christel Humme** (SPD): Herr Professor Rauschenbach, zwei zentrale Überschriften: Ganzheitliche Bildung und Verlässlichkeit. Ich denke, das sind die beiden wesentlichen Punkte, die wir im Interesse der Kinder und Jugendlichen als Überschrift nehmen müssen. Wenn wir das aber tun, muss mehr passieren als wir es in den letzten eineinhalb Jahren erlebt haben. Ich meine sogar, wir müssen unser ganzes Bildungssystem auf den Prüfstand stellen. Ganzheitliche Bildung und Verlässlichkeit kann ich den Kindern nur in einer institutionellen Bildung geben, und zwar ganztags. Ich muss sowohl bei den Kindertagesstätten ansetzen und Ganztagsbetreuung für unter Dreijährige als auch Ganztagschulen organisieren. Deshalb steht im Hinblick auf die Beitragsfreiheit, so berechtigt der Verteilungsgedanke dabei sein mag, für mich der Bildungsgedanke im Vordergrund. Und das bekomme ich nur genau so hin wie in der Schule. Schule ist beitragsfrei. Also muss der Bereich vorher auch beitragsfrei sein und darf nicht überlagert werden durch eine Pseudo-Debatte der Verteilungsgerechtigkeit. Es ist nämlich deshalb eine Pseudo-Debatte, weil zum Beispiel Nordrhein-Westfalen eine Staffelung hat, aber Baden-Württemberg einen Flickenteppich, nach Kommunen organisiert. Das können wir verteilungsgerecht also gar nicht alles erfassen. Von daher stehen für mich der Bildungscharakter und auch die Beitragsfreiheit im Vordergrund.

Provoziert hat mich auch das, was die Vorsitzende gerade gesagt hat und was auch Herr Dörflinger zu Anfang angesprochen hat, dieser Spagat zwischen Freiwilligkeit und Verpflichtung. Wir meinen immer so schnell, wir können die Leute zu ihrem Glück zwingen, wenn wir irgendwelche Zwangsmaßnahmen haben und Sanktionen auf den Weg bringen. Ich halte das für den falschen Weg, weil nämlich genau diese Debatte die tatsächlich benötigten Anforderungen verschleiert. Herr Rauschenbach, die Anforderungen haben Sie ja beschrieben. Wir sind alle einer Meinung. Wir sagen, was Sie beschrieben haben, ist ein guter Weg für unsere Kinder und Jugendlichen, und deshalb dürfen wir uns nicht auf Nebenschauplätze begeben und auch für die Vorsorgeuntersuchungen sagen, verpflichtende Maßnahmen sind der Allheilmweg. Der Allheilmweg ist aus meiner Sicht die Förderung. Man muss den Förderungscharakter wieder in den Vordergrund stellen und nicht mit verpflichtenden Maßnahmen und Sanktionen drohen.

Ein letztes Wort vielleicht zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Gruß, die männerfreie Zone. Das beschäftigt mich auch schon sehr lange. Das hat etwas mit einer ideologischen Debatte zu tun, die wir an dieser Stelle natürlich auch führen. Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht und vorher der Elfte Kinder- und Jugendbericht haben alle den gleichen Tenor: Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung, verbesserte Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir kriegen das ganz, ganz schwer umgesetzt. Wir sagen, wir benötigen dazu auch noch die Tagespflege. Das ist alles ganz richtig, aber im Vordergrund steht immer die ideologische Debatte über die Rollenverteilung in der Familie. Wenn wir darüber debattieren, wie schnell wir etwas umsetzen können, dürfen wir nicht vergessen, dass wir immer noch die Rabenmutterdiskussion haben. Wir haben immer noch das Bild, dass die Mutter die beste Bildung und Erziehung bieten kann. Ich glaube das nicht mehr, weil wir mittlerweile feststellen, dass 95 Prozent der jungen Frauen berufstätig sind und an vielen Stellen aus zeitlichen Gründen, nicht aus Gründen der Kompetenz, dazu gar nicht in der Lage sind. Drittens, so glaube ich, hat das Rollenverständnis auch damit zu tun, welche Berufe Frauen heute ergreifen. Es sind nämlich die, die schlecht bezahlt sind. Das ist so. Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen sind schlechter bezahlt als Berufsschullehrer oder Gymnasiallehrer. Im Gymnasium und auch in der Berufsschule finden wir nämlich plötzlich die Männer, weil die Bezahlung besser ist. Und in den „unteren Bereichen“ finden wir nur Frauen. Das hat auch etwas mit der ideologischen Debatte zu tun, wie wir Frauen in der Beschäftigungswelt sehen, als Zuverdienerin oder als Ernährerin. Ich glaube, an dieser Stelle lohnt es sich, bei uns hier im Ausschuss noch einmal eine Debatte zu führen, wie wir diese Dinge vielleicht auch gesellschaftspolitisch begleiten können, damit das, was Herr Professor Rauschenbach hier heute vorgestellt hat, vielleicht schneller in die Gesellschaft hineinkommt. Nicht nur in Sonntagsreden, sondern tatsächlich auch in die politische Umsetzung. Aber, Frau Haßelmann, da sind nicht nur wir gefordert. Nach der Föderalismusreform können wir das mittlerweile wirklich maximal in Sonntagsreden machen. Vielleicht kriegen wir noch den Rechtsanspruch hin. Das ist sicherlich eine Herausforderung für uns in den nächsten zwei Jahren, aber ansonsten sind die Länder und die Kommunen für uns die Ansprechpartner. Das macht es uns ja auch so schwer, Herr Professor Rauschenbach. Ich will jetzt nicht die Frage stellen, ob Sie eine Lösungsmöglichkeit sehen, das würde wohl auch Sie überfordern. Ich wollte nur an dieser Stelle noch einmal vor bestimmten Schief lagen in

der Diskussion warnen und vielleicht höchstens noch mal von Ihnen wissen wollen, wie Sie diese ganzheitliche Bildung und Verlässlichkeit im Bereich des gesamten Bildungssystems bewerten.

Abg. **Jürgen Kucharczyk** (SPD): Sehr geehrter Herr Rauschenbach, als jemand, der aus der Kommunalpolitik kommt und dort federführend 15 Jahre Kinder- und Jugendpolitik gemacht hat, hätte ich mir gewünscht, dass wir solch ein Bericht schon vor zehn Jahren gehabt hätten. In meiner Kommune gehörten wir zum ersten Projekt innerhalb von NRW, nämlich zu dem Projekt Jugendhilfe und Schule. Und wir haben damals Erfahrungen sammeln müssen, die schon gravierend waren im Hinblick auf Strukturen, Offenheit und Übergänge vom elementaren Bildungsbereich in den schulischen Bildungsbereich. Ich glaube, das ist der Punkt, an dem vieles bei uns hakt und nicht so recht funktioniert. Daraus leitet sich natürlich die Frage ab, wie wir die Inhalte des Zwölften Kinder- und Jugendberichts umsetzen können. Wir befinden uns hier ja auf der bundespolitischen Ebene, müssen es aber durchgängig über die Länder bis in die Kommunen tragen, nämlich an die Basis heran, weil sich Gesellschaft und weil sich Strukturen letztendlich nur da verändern können. Ich glaube, das ist die Hauptaufgabe, die wir in diesem Zusammenhang sehen müssen. Wir haben zwar das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Wir haben den Nationalen Aktionsplan. Aber wir müssen ja ehrlicherweise sagen, dass es nur punktuell funktioniert, all das, was dort als unmittelbare Empfehlung hinsichtlich der Kinder ja schon steht, verbindlich an der Basis umzusetzen. Mir hat sehr gut gefallen, dass Sie sagen, Bildung von Anfang an bedeutet auch, das Handwerkszeug fürs Leben zu erhalten. Das heißt nämlich, hier vom elementaren Bildungsbereich über alle Spektren hinweg die Durchgängigkeit zu sehen. Und da müssen wir sehen, dass unsere Möglichkeiten auf der Gesetzgebungsebene leider nicht zu den Erfolgen geführt haben, die eigentlich gesellschaftlich notwendig wären. Der Ansatz, das Recht der Kinder im Grundgesetz zu verankern, wäre zumindest eine Option und eine sinnvolle Möglichkeit, um da doch noch mehr Drive hinein zu bringen. Sonst wird es uns schlecht gelingen, das, was wir in den Gesetzen schon haben, bis an die Basis, insbesondere in die Kommunen durchzureichen. Daran müssen wir in Zukunft gemeinsam arbeiten, um auch in diesem Bereich Nachhaltigkeit zu realisieren und sicher zu stellen.

Ich habe eine ganz konkrete Frage ganz an Sie: Haben Sie eine Vorstellung davon, wie gerade auch in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen die jetzt vorhandenen Erkenntnisse aus dem Zwölften Kinder- und Jugendbericht zeitnah in die Praxis umgesetzt werden können? Ich glaube, dass Ganze funktioniert nur, wenn man sehr intensiv miteinander kommuniziert und wenn diese Themen auch in der öffentlichen Diskussion noch ein breiteres Feld einnehmen als bisher.

Abg. **Ina Lenke** (FDP): Herr Professor Rauschenbach, recht herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Ich glaube aber, zu dieser Diskussion gehört ebenfalls, dass man auch die Eltern stärkt, die jetzt schon für ihre Kinder Bildungs- und Lernorte suchen. Dazu gehören zum Beispiel auch Großeltern. Ich sehe das im öffentlichen Bild immer mehr, dass auch andere Personen zu der Familie kommen, die Lernorte erweitern. Deshalb sollte man sehr unterscheiden zwischen den Familien, die Bildung für ihre Kinder ernst nehmen, also nicht nur Lesen, Schreiben, Rechnen, sondern auch Lebenserfahrung. Ich denke, auch die sind verunsichert über eine solche Debatte und brauchen Unterstützung. Sie brauchen aber eine andere Unterstützung als die, die sehr bildungsfern sind. Das können wir alle in unserem

persönlichen Umfeld sehen, und ich bin dann immer ganz traurig, wenn man manchen Kindergartenkindern fast schon ansieht, wie wenig Bildung sie haben und wie oft sie vor dem Fernseher sitzen. Deshalb meine Frage: Wie kommen wir, und wir sind ja auch in der Kommunalpolitik verhaftet, wirklich an die fünf bis zehn Prozent heran, die nicht wissen, dass Bildung in vielerlei Hinsicht für Kinder sehr wichtig ist. Die sagen, wenn ich mein Kind in den Kindergarten bringe und wenn mein Kind in die Schule geht und Schularbeiten macht, dann reicht das aus, das werden die Institutionen schon regeln. Sie haben ja ein Beispiel genannt, das ich mir gleich aufgeschrieben habe. Bei manchen Eltern könnte es ganz gut klappen, das erste Kindergartenjahr gebührenfrei zu machen. Nicht das letzte, wir sind ja alle immer auf das letzte Kindergartenjahr vor der Schule fokussiert. Das erste Kindergartenjahr, das ist ein sehr konkreter Vorschlag, den man auf kommunalpolitischer Ebene auch einbringen kann.

Als Kommunalpolitikerin würde ich Ihnen auch darin Recht geben, dass eine Vernetzung von Schule, Jugendzentrum, Jugendamt, Krippe, Kindergarten und Tagesmüttern wichtig wäre. Es gibt noch nicht einmal eine ordentliche Vernetzung zwischen der örtlichen Kindertagesstätte und den Tagesmüttern. Da werde ich immer groß angeschaut. Dafür fühlt sich einfach niemand verantwortlich, KJHG hin oder her. In der Praxis passiert das nicht, und deshalb wäre es schon wichtig, dass wir Ihre Erkenntnisse aus dem Bildungsbericht an die richtigen Träger in den Kommunen weitergeben. Also, die erste Frage ist, wie können wir diese fünf bis zehn Prozent recht frühzeitig ansprechen, ich sage mal, ab dem dritten Lebensjahr und nicht erst ein Jahr vor der Schule? Und das zweite: Wie ist das eigentlich mit ehrenamtlichem Engagement?

Abg. **Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Herr Professor Rauschenbach, ich denke, es ist keine neue Diskussion, auch wenn Frau Golze das anders sieht. Unter Familienpolitikern ist das keine neue Diskussion, sondern unsere Kampflinie liegt eigentlich eher in der Abgrenzung oder in der Durchsetzung von Ideen gegenüber den Finanzpolitikern. Deshalb ist meine Frage, ob Sie auch im Finanzausschuss einmal eingeladen wurden, um über diesen Bericht zu sprechen. Das wäre vielleicht die in der Sache effektivere Idee, denn wir sind alle schon katholisch und brauchen nicht überzeugt werden, wenn ich mal dieses rheinische Sprichwort so aufgreifen darf. Für meine Fraktion kann ich wohl auch in Anspruch nehmen, dass ein positives Familienbild nicht der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Realitäten entgegensteht. Wir haben erkannt, dass sich die Zeichen der Zeit weiter entwickelt haben und dass es nicht darum geht, nur die Vergangenheit in der Zukunft zu perpetuieren, sondern dass man da schon paar andere Akzente setzen muss. Noch einmal zurück zum Aspekt Erziehung und Bildung in der Familie: Ich denke, gerade der weite Bildungsbegriff, den Sie ja auch in diesem Bericht in Anspruch nehmen, umfasst eigentlich das, was bisher auch unter Erziehung verstanden wird. Deshalb ist da gar kein Widerspruch. Wir müssen sicherlich die Eltern in der massiv abgefallenen Erziehungskompetenz unterstützen. Dazu hätte ich ganz gerne noch ein paar konkrete Vorschläge von Ihnen, wie man an der Motivation von Eltern etwas verbessern kann, die vielleicht enttäuscht sind und sich überfordert fühlen. Ich sehe zum Beispiel, dass teilweise auch Infrastrukturen vorhanden sind, die nicht in Anspruch genommen werden. Zum Beispiel gibt es bei uns in der Siegburger Stadtbücherei wunderbare Kinderbücher, die man ohne Kosten ausleihen kann. Aber hingehen, ausleihen und abends vorlesen müssen die Eltern dann schon noch selber. Wie schaffe ich

es, die Eltern dazu zu motivieren, oder auch dazu, die Kinder in Vereine zu bringen. Das ist oft gar nicht mit großen Kosten verbunden, sondern es geht darum, dass die Eltern den Hintern von der Couch kriegen und gehen. Wie schaffe ich das – und eben nicht nur mit Sanktionen, sondern auch mit einem positiven Anreiz? Wie kann ich da vielleicht auch am eigenen Interesse und am Ehrgefühl der Eltern ein Schräubchen drehen, dass sie sagen, ich habe den Ehrgeiz, mein Kind hier teilhaben zu lassen und in Kommunikation zu bringen, damit es mit Kindern aus anderen Schichten gleichwertig spielen und sich unterhalten kann?

Und dann noch zu dem Aspekt Kindergartengebühren: In der Tat, der finanzielle Effekt ist in der Mittelschicht deutlich stärker als in der so genannten Unterschicht. Aber ein Aspekt dieser Diskussion um die Beitragsbefreiung im letzten Jahr ist ja auch die Frage, ob man es mit einer Pflicht zum Besuch des Kindergartens im letzten Jahr verknüpft. Das war ja eigentlich der Wunschgedanke, hier sozusagen die Schulpflicht ein Jahr vorzuziehen, um zumindest in diesem einen Jahr an diese letzten fünf bis zehn Prozent heran zu kommen. Das sind die, die es am Nötigsten haben. Und wäre es dann in dieser Kombination mit einer Pflicht zum Kindergarten nicht auch sinnvoll? Danke schön.

Prof. Dr. **Thomas Rauschenbach**: Es freut mich, dass Sie so viele Beiträge haben, denn das zeigt, dass der Bericht nicht ganz an den tatsächlichen Fragestellungen vorbei geht. Trotzdem kann ich natürlich viele Dinge hier jetzt gar nicht richtig aufgreifen. Zunächst zu dem, was Frau Haßelmann zu dem Thema gesagt hat, das in Bewegung gekommen ist. Ich verkenne nicht die Realität, und ich bin da sehr nüchtern. Aber gemessen an den Zuständen früherer Tage ist der Umstand, dass die Themen, über die wir hier und heute reden, in der großen Politik angekommen sind, ein großer Fortschritt. Sie können seit einem Jahr die Zeitung aufschlagen. Heute Morgen wieder auf der ersten Seite in der Süddeutschen: Ministerpräsidenten äußern sich zu Themen von denen sie früher gar nicht wussten, dass es sie überhaupt gibt. Also, um das mal etwas zugespitzt zu formulieren, das ist eine Chance, und die sollten wir politisch nutzen. Das ist Überzeugungsarbeit. Inzwischen ist es nicht nur ein Ressortthema für diejenigen, die dafür zuständig sind, sondern es ist ein öffentliches Thema. Die Medien sind interessiert. Sie bleiben an den Themen dran. Nur das meinte ich. Diesen Aufwind nutzen. Ich bin nüchtern genug, ich habe vor kurzem an anderer Stelle gesagt, wir werden in Manchem in Deutschland trotzdem nicht weiter kommen, wenn wir nicht Gesetze schaffen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz war der eigentliche Schub in Deutschland. Das kann man drehen und wenden wie man es will, auch wenn ich gut verstehen kann, dass die Beschlüsse des Bundestags für die Kommunen ein Trauma waren. Trotzdem war es der entscheidende Schub und da muss man Überzeugungsarbeit leisten und sagen, denkt doch mal in Ruhe darüber nach. Es ist kompliziert, aber wir kommen in manchen Punkten nicht weiter.

Ich habe vorhin versucht, deutlich zu machen, was Sie zur Trennung von Elternwohl, Kindeswohl und Familienwohl gesagt haben. Ich sehe das sehr deutlich. Zugespitzt würde ich im Hinblick auf unsere jüngere Geschichte wagen zu formulieren, das 19. Jahrhundert und auch lange Phasen des 20. Jahrhunderts waren geprägt vom Kampf der Arbeiter um gesellschaftliche Anerkennung. Das 20. Jahrhundert war sicherlich in seinem letzten Drittel stark geprägt durch den Kampf der Frauen um

Anerkennung in dieser Gesellschaft. Und ich glaube, das nächste Großprojekt sind die Kinder und ihre Rechte. Ich glaube, das ist wirklich ein Punkt. Wenn man es mal historisch betrachtet, können wir sagen, das ist kein abgeleiteter Ort mehr. Jedes Kind, das aufwächst, muss in dieser Gesellschaft eine eigene Position haben, da sind wir wieder bei der Verfassungsfrage. Deswegen glaube ich, dass wir diese Frage des Kindeswohls als eigenständige Frage diskutieren müssen. Sie ist eben nicht immer identisch mit dem Elternwohl. Der Siebte Familienbericht hat ja auch sehr schön gezeigt, dass Familie kein stabiles Gebäude ist. Es muss permanent neu hergestellt und in den Lebensphasen gelebt werden, und das heißt für jedes einzelne Mitglied in dieser Familie etwas Neues und Anderes.

Was Sie zur Armut gesagt haben ist völlig richtig. Wir müssen die materielle Seite beachten. Ich finde nur, die materielle Seite ist primär eine Frage von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und die kinderbezogenen Fragen kann man nicht damit erledigen, dass man nur darauf verweist. Wir haben vielmehr die eigenständige Aufgabe, für morgen und übermorgen eine Situation zu schaffen. Die Misere von heute sind die Ergebnisse von gestern. Das heißt, wenn wir heute Bildungspolitik machen, dann schaffen wir vielleicht veränderte Bedingungen für morgen. Wir werden die Probleme von heute nicht mit Bildung lösen. Das ist völlig klar. Aber wenn wir Kinder nicht so qualifizieren, dass sie sich morgen in einer Gesellschaft bewegen können und gelernt haben, mit ihren eigenen Problemen umzugehen und in einer schwierigen gesellschaftlichen Situation auch eigene Wege zu finden, dann haben wir unsere Arbeit nicht gut gemacht. Und dann kann man nicht einfach auf Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verweisen.

Frau Griese, Sie hatten gefragt, wie man den Gedanken an Bildung von Anfang an stärken kann. Ich möchte zwei Beispiele nennen. Das eine ist das Thema Sprachentwicklung. Für meinen Begriff wird im Moment die Sprachentwicklung bei Fünf- und Sechsjährigen viel zu sehr unter dem Aspekt diskutiert, sie schulfähig zu machen und vorzubereiten. Ich glaube, wir denken da schon wieder viel zu schulisch. Meine Vorstellung von Sprachentwicklung wäre, dass wir auch Formen des analogen Lernens anders nutzen. Wir wissen aus bilingualer Forschung, dass Kinder in der Lage sind, zwei Sprachen parallel zu lernen. Hinweise von Bilingualität zeigen dieses gerade in der Migrationsproblematik. Wenn wir es schaffen würden, Kinder in einer Altersphase, wo sie Sprachen auf natürliche Weise lernen, besser zusammen zu bringen, also zum Beispiel Kinder von zwei Jahren mit Migrationshintergrund in Gruppen mit deutschen Kindern zusammen zu bringen, dann würden sie auf eine natürliche Weise, wie ich das immer nenne, in analoger Form, eine Sprache lernen und müssten nicht nachher wie in einem schulischen Unterricht da sitzen und Sprache lernen. Also, diesen Aufwand gesellschaftlich anders und konsequenter nutzen, das wäre für mich etwas Bildung von Anfang an.

Ein zweiter Punkt: Wir müssen in der frühen Bildung das Bildungsthema als solches ernster nehmen, und das hat mit der Ausbildung zu tun. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Bildung beginnt, bevor man schreiben und rechnen lernt. Im Deutschen Jugendinstitut machen wir im Moment mit vielen Akteuren zusammen ein Projekt, das sich Bildungs- und Lerngeschichten nennt. Dort werden Erzieherinnen dafür sensibilisiert, bei jedem einzelnen Kind seine eigene Bildungsentwicklung zu sehen, seine Schwächen wahrzunehmen und diese Punkte dann auch systematischer anzugehen und

nicht nur immer zu sagen, in meiner Gruppe läuft es prima. Sie lernen, für jedes einzelne Kind sozusagen diagnostische Kompetenz zu entwickeln, um zu sehen, wie man es fördern kann. Interessant wird es in der vorsprachlichen Phase, weil es da um den interessanten Zusammenhang von Bindung und Bildung geht. Also, es geht doch jetzt bei den zwölf Monaten Elterngeld nicht darum, dass der Vater nur zu Hause sitzt, sondern wie man eine Bindungsqualität, eine Bindungsintensität mit Kindern schafft. Das ist, glaube ich, noch mal ein ganz eigenes, wichtiges Thema.

Sie haben die Early Excellence-Center, die Familienzentren angesprochen. Ich glaube, wir müssen dort die Familienbildung ganz gezielt und systematisch einbinden. Auch das ist so ein Punkt. Frau Lenke hat es am Beispiel der Tagespflege genannt. Wir haben alles immer schön institutionell getrennt. Da haben wir die Familienbildung, dort haben wir die Tagespflege, hier haben wir die Kindergärten. Nein, es muss ein Gesamtangebot werden! In der Politik wird ja immer gern dieses schöne Beispiel von dem ganzen Dorf genannt, das man angeblich für die Erziehung braucht. Das ist als Bild auch gut und richtig. Ich glaube, dass die künftigen Familien- und Eltern-Kind-Zentren genau diese Funktionen übernehmen müssen. Sie müssen es schaffen, so in die Kommune ein- und rückgebunden zu sein, dass sie mit einer solchen Selbstverständlichkeit Treffpunkte für Familien werden, dass diese dort Punkte geleistet werden. Es ist mir klar, dass man damit noch lange nicht alle Familien da drin hat, aber es wäre ein wichtiger Ansatzpunkt.

Im Hinblick auf die Frage zur staatlichen Verantwortung würde ich für meinen Geschmack lieber von öffentlicher Verantwortung reden, und zwar in einem grundsätzlichen Sinne. Dazu gehören für mich auch die Kirchen, die nichtstaatlichen Akteure und Träger. Deswegen haben wir im Elften Kinder- und Jugendbericht ja auch von öffentlicher Verantwortung gesprochen. Zur Verfassungseinbindung werden wir eine eigene Diskussion führen müssen. Ich bin zu wenig Verfassungsrechtler um sagen zu können, das genau ist die richtige Antwort. Aber das Kinder- und Jugendhilfegesetz haben wir zum Beispiel nicht konsequent als ein Gesetz aus Kindersicht, sondern aus Elternsicht formuliert. Das muss man zur Kenntnis nehmen, obwohl wir wissen, dass es systematisch nicht so ganz stimmig ist, weil es dann doch wieder Rechtsansprüche für Kinder gibt. Ich glaube, das ist so ein Punkt, an dem man arbeiten kann, nicht nur in der Verfassung. Aber wir werden in die Verfassungsfrage hineinkommen und ich sage nur, der Artikel 6 selbst enthält ein Problem. Aus den Lehren des Nationalsozialismus ist historisch gut nachvollziehbar, dass man Familien gestärkt hat. Aber wenn man den Staat klein halten will, stärkt man nicht, indem man die Kinder schwächt. Dieses Problem müssen wir lösen. Auch die Ministerin hat genau in diese Richtung gesagt, wir müssen das Dreiecksverhältnis Staat-Kind-Eltern in eine neue Relation bringen.

Frau Humme hat ganzheitliche Bildung und Verlässlichkeit angesprochen. Ich glaube, das ist in der Tat die entscheidende Stoßrichtung. Mein Punkt ist ja, dafür zu werben, ein Gesamtverständnis zu entwickeln. Ehrlich gesagt, ist mir die Politik in dem Punkt manchmal zu kurzatmig. Also, die Nachhaltigkeit liegt darin, wie wir das gemeinsame Aufwachsen für die nächste und übernächste Generation organisieren. Wenn wir unsere eigene Geschichte betrachten, sind die Institutionen alle zufällig nebeneinander gewachsen. Und ich glaube, wir sind an dem historischen Punkt, das, wie Sie es formuliert haben, auf den Prüfstand zu stellen. Wie organisieren wir jetzt eigentlich, wie das mein

Kollege Ulrich Beck immer formuliert, eine reflexive Moderne, die die Chance hat, ihre eigenen Entwicklungen zu beobachten und aus ihren Fehlern zu lernen? In dem Stadium sind wir und da haben wir die Chance, das neu und anders anzugehen. Ich glaube, deswegen müssen wir tatsächlich in diese Richtung marschieren.

Was das Thema Pflicht oder Förderangebote und Förderperspektive betrifft - sehen Sie es mir nach, ich bin immer erst für die Angebots- und Förderperspektive und ich finde, gerade die Kindertageseinrichtungen sind ein wunderbares Beispiel dafür. Ich gehe immer damit in die Lande, dass ich sage, es ist das größte Freiwilligenangebot in Deutschland. Keiner muss hingehen und trotzdem haben wir 90 Prozent, die ihre Kinder hinschicken. Das ist doch für eine Demokratie ein wunderbares Beispiel. Jetzt stellen Sie sich mal vor, wir wären wirklich einig und würden politisch und auch öffentlich dafür werben, dass so ein Kindergarten *die* Chance für alle Kinder ist, nicht nur für die Benachteiligten. Ich bin überzeugt, wir bekämen noch paar Prozent mehr und das Problem würde immer kleiner. Frau Winkelmeier-Becker hatte die Pflichtfrage ja auch noch einmal angesprochen. Wir haben das anhand unserer eigenen Zahlen extra noch mal ausgerechnet. Wir würden von den so genannten problematischen Kindern, den Kindern aus problematischen Familien, durch eine Pflicht möglicherweise zweieinhalb Prozent mehr kriegen. Ich persönlich bin der Auffassung, dafür ist die Pflichtfrage zu hoch gehängt. Ich würde erst einmal systematische Anreize schaffen, nicht nur Gebührenfreiheit, sondern vielleicht auch Essengeld wie vorhin schon erwähnt und andere kostenlose Anreizsysteme. Ich würde versuchen, mit den Familien zu reden, sie zu überzeugen. Wir sind ja noch nicht einmal so weit, dass wir genau wissen, was eigentlich die Gründe sind. Es mögen religiöse Gründe, kulturelle Gründe oder finanzielle Gründe sein. Wir sollten auch mal darüber nachdenken, dass es nach wie vor in einigen Stadtteilen dieser Republik keine ausreichenden Kindergartenplätze gibt. Das wird gar nicht mehr zur Kenntnis genommen. Das sind alles Gründe, warum es im Endeffekt dann doch nicht klappt. Also, da würde ich nicht auf Pflicht setzen. Ich glaube, dass es nicht verhältnismäßig wäre, wegen zwei oder drei Prozent ein gesamtes Konzept entsprechend umzustellen.

Frau Lenke fragte, wie man die fünf oder zehn Prozent erreichen kann. Ich glaube, wir müssen in der Tat das ganze Thema der Familien- und Elternbildung betrachten. Sie haben es selber angedeutet, wenn wir Tagespflege, wenn wir Kindergarten, wenn wir Familienbildung stärker zusammenbringen, haben wir dort mehr Chancen. Wir haben vergleichsweise gute Erfahrungen in einem von uns begleiteten Modellprojekt gemacht, mit Opstapje, einer aufsuchenden Familienbildung, die von Anfang an systematisch in Familien hineingeht. Wir müssen neu und in anderer Weise auch Jugendhilfesystem und Gesundheitssystem zusammenbringen, um erst mal die Orte zu identifizieren, wo Familien sind und dort mit ihnen Kontakt aufnehmen und entsprechend Programme machen. Aber wir können die Pflichtdebatte nicht immer nur den Eltern und den Familien nahebringen. Für mich ist die Pflicht zunächst eine Selbstverpflichtung des Staates, entsprechende Angebote zu haben. Wir müssen sie dann eben massenhaft haben. Wir müssen erst einmal für die Kinder die Betreuungsplätze haben, wir müssen dann ein ausreichendes Angebot an Familienbildung haben. Wir haben in Deutschland 500 Familienbildungsstätten und glauben, damit könnte man sozusagen die

Probleme der Familien in Deutschland angehen. Das ist eine Debatte, die wir als Selbstverpflichtung dieser Gesellschaft ernster nehmen müssen.

Am Schluss noch mal die Frage zu den Finanzen: Ich habe kein Problem, auch in den Finanzausschuss zu gehen, wenn der mich lädt. Ich glaube, die Finanzdebatte kann man ernsthaft führen und ich würde schon gerne darüber diskutieren. Man muss auch einmal eine etwas ungewollte Entwicklung beobachten, die wir im Moment in Deutschland haben. Auf Grund der zurückgehenden Kinderzahlen gehen im Moment die Ausgaben im Bereich von Kindergeld, im Zivildienst und an anderen Stellen zurück. Wir sparen also eine Menge Geld ein und sagen nicht, wie beim Bildungsbereich, wir müssen so und so viel Prozent des Bruttosozialprodukts für Kinder ausgeben. Das wäre eine politische Debatte wert, denn im Moment „vernichten“ wir Geld für diesen Bereich, weil es weniger Kinder sind. Für jeden Kämmerer ist das ein willkommener Anlass, das ist ja aus seiner Sicht legitim. Wir brauchen aber eine politische Debatte, ob wir nicht für Kinder mehr investieren müssen, wenn sich in dieser Gesellschaft etwas ändern soll.

**Vorsitzende:** Nochmals herzlichen Dank. Das war für uns alle sehr erhellend und es war auch gut, dass wir uns noch einmal so ausführlich mit dem Gesamtkomplex beschäftigt haben. Herr Professor Rauschenbach, Sie haben auch nochmals an die Verantwortung und an die Gestaltungsfähigkeit der Politik appelliert. Das war sehr hilfreich. Ganz herzlichen Dank noch mal an Sie. Damit schließe ich den öffentlichen Teil der Sitzung.

Kerstin Griese, MdB  
**Vorsitzende**